



**KONFERENZBERICHT**

# Politisches Symposium 2024: Progressive Sicherheit und die Reform des Modells Deutschland

Dezember 2024 | Allianz Forum, Berlin

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>Konferenzprogramm</b>	<b>4</b>
<b>Keynote: Das Modell Deutschland schneller und besser reformieren</b>	<b>5</b>
<b>Synopsen der einzelnen Sessions</b>	
Was ist die richtige Industriepolitik für Deutschland?	13
Wie wird Deutschland wieder zu einem Vorreiter bei Innovationen?	17
Was sind die politischen Voraussetzungen für eine europäische Investitionsagenda?	20
Finanzbedarfe und Finanzierungsoptionen – Welche Zukunftsinvestitionen sind für Deutschland unerlässlich?	24
Soziale Sicherheit in der Transformation – Wo liegt das Soziale in der “Sozial-Ökologischen Transformation”?	28
Soziale Sicherheit in der Transformation – Klimapolitik als Daseinsvorsorge? Das Beispiel der Wärmewende	33
Wie kommen gute Jobs in strukturschwache Regionen?	37
Wie wird die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zum Wachstumsmotor?	41
<b>Impressum</b>	<b>45</b>

# Vorwort

Liebe Teilnehmende und Partner:innen des Politischen Symposiums 2024,

eine fundierte Analyse der aktuellen Krisen muss bei den Stärken und Schwächen unserer bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, dem "Modell Deutschland", ansetzen. Erst daraus lassen sich nachhaltige und überzeugende politische Antworten auf die greifbare Unsicherheit in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ableiten. Sicherheit ist in der Krise auch das zentrale Versprechen der Politik – doch die Frage bleibt, wie sich neben diesem Bedürfnis nach Stabilität weiterhin ambitionierte Transformationsziele verfolgen lassen. Um dieser Herausforderung nachzugehen, haben wir uns intensiv mit dem Konzept der "progressiven Sicherheit" als umfassendem Programm zur Stabilisierung und Weiterentwicklung des Modells Deutschland nach Innen und nach Außen auseinandergesetzt.

Gerade in diesen herausfordernden Zeiten sind sachliche, sektorübergreifende Fachgespräche von unschätzbarem Wert. Das Politische Symposium im Dezember 2024 bot einen Raum für konstruktiven Austausch – dank der engagierten Teilnahme unserer Gäste konnten wir viele wertvolle Erkenntnisse gewinnen. Diese möchten wir nun mit Euch und Ihnen in Form von Synopsen teilen. Zwei Kernpunkte erscheinen uns dabei besonders relevant:

Erstens: Trotz aller Niedergangserzählungen ist Deutschland ein Land mit enormen Stärken – und es könnte diese selbstbewusster nutzen. Exzellente Forschungseinrichtungen, innovative Unternehmen, hochqualifizierte Fachkräfte, starke demokra-

tische Institutionen und eine aktive Zivilgesellschaft prägen unser Land. Deutschland bleibt ein Ort, an dem viele talentierte Menschen sich einbringen und gemeinsam Lösungen suchen.

Zweitens: Die genannten Stärken können sich nur entfalten, wenn der Staat die richtigen Rahmenbedingungen setzt und die notwendigen Investitionen bereitstellt – kurz: wenn er Planungssicherheit schafft. Doch dies geht unweigerlich mit tiefgreifenden Reformen einher, deren Umsetzung eine breite gesellschaftliche Zustimmung erfordert.

Hier knüpft die Analyse unseres Vorsitzenden Wolfgang Schroeder an, die das Politische Symposium in diesem Jahr eröffnete: Die zentralen Netzwerktellen unseres Gesellschaftssystems – Verbände, Parteien, Zivilgesellschaft und staatliche Institutionen – spielen eine entscheidende Rolle. Diese Akteur:innen müssen noch besser darin werden, eine strategische Perspektive einzunehmen, Konflikte zu lösen und Kräfte zu bündeln. Ihnen obliegt es, Kompromisse zu suchen, Resilienz zu stärken und Innovationen zu steuern. Wie das im Einzelnen gelingen kann, haben wir diskutiert, und in den folgenden Synopsen zusammengefasst.

Wir hoffen, dass das Politische Symposium einen Beitrag zu dieser großen Aufgabe leisten konnte und kann – und wünschen viel Freude beim Lesen dieser aufbereiteten Ergebnissicherung!

**Dominic Schwickert**

Geschäftsführer, Das Progressive Zentrum

# Konferenzprogramm

## Keynote

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Vorsitzender, Das Progressive Zentrum

## Vorstellung exklusiver Umfragedaten

Judith Klose, Vice President Communications, Civey

## Politisches Gespräch

Prof. Dr. Jens Südekum, Universität Düsseldorf

Armand Zorn, MdB & Stellv. Sprecher für Finanzpolitik, SPD-Bundestagsfraktion

Moderation: Ulrike Winkelmann, Chefredakteurin, taz

## Parallele Fachgruppen

### Fachgruppe I (geoökonomische Dimension): Resilienz in riskanten Zeiten

Session 1: Was ist die richtige Industriepolitik für Deutschland?

Session 2: Wie wird Deutschland wieder zu einem Vorreiter bei Innovationen?

### Fachgruppe II (finanzpolitische Dimension): Finanzbedarfe und Finanzierungsoptionen

Session 1: Was sind die politischen Voraussetzungen für eine europäische Investitionsagenda?

Session 2: Welche Zukunftsinvestitionen sind für Deutschland unerlässlich?

### Fachgruppe III (sozial-ökologische Dimension): Soziale Sicherheit in der Transformation

Session 1: Wo liegt das Soziale in der „Sozial-Ökologischen Transformation“?

Session 2: Klimapolitik als Daseinsvorsorge? Das Beispiel der Wärmewende?

### Fachgruppe IV (regional-ökonomische Dimension): Transformationsregionen als Chancenregionen

Session 1: Wie kommen gute Jobs in strukturschwache Regionen?

Session 2: Wie wird die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zum Wachstumsmotor?

# Keynote: Das Modell Deutschland schneller und besser reformieren

## Wie wir das Feld nicht den Niedergangsunternehmern überlassen

von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Die Welt ist in den vergangenen Jahren weniger demokratisch geworden und die ökonomischen sowie ökologischen Herausforderungen sind gewachsen. Deutschland hat nach wie vor Potential, ist aber stark angeschlagen und steht vor großen Veränderungen. Dabei ist offensichtlich, dass nicht nur die Kapitulation der Ampelregierung, sondern auch der gegenwärtige institutionelle und mentale Status quo unzureichend sind, um die großen Herausforderungen, denen sich dieses Land gegenüber sieht, gut bewältigen zu können. Mit der Metapher der Zeitenwende ist zwar angedeutet, dass es nicht einfach in der gleichen Tonlage weitergehen kann; gleichwohl fehlt die Klärung in welcher Tonlage und mit welchem Text es weitergehen soll. Mit dem hier vorgestellten Modell Deutschland wird eine Rahmenkonzeption angeboten, um diese Herausforderungen einzuordnen und politisch zu adressieren.

Es gibt sowohl regelmäßig kleinere und größere Krisen als auch daraus abgeleitet ein Nachdenken über das Modell Deutschland. Wenngleich sich Themenkonjunkturen, Ähnlichkeiten und strukturelle Widerläufer feststellen lassen, so sind die Herausforderungen doch immer wieder anders gelagert. Aber nicht nur die Ausgangslagen sind verschieden; auch die Antworten verändern sich, weil auch die

Akteure, Instrumente und Ressourcen zur Bewältigung der Herausforderungen sich wandeln – und mitunter auch die Bedarfe, Erwartungen und Bereitschaft der Bevölkerung, sich auf all dies einzulassen.

Einen maßgeblichen Einfluss auf die Handlungsspielräume unseres Landes – nicht zuletzt der besonderen Bedeutung des Exports wegen – hat der Wandel der internationalen Ordnung vor allem mit Blick auf die USA, China, Russland und die BRICS-Staaten. Dies hat auch Implikationen für die Transformationsfähigkeit des deutschen Modells. Hinzu kommen strategische Fehler der großen Unternehmen der exportorientierten Industrie, zunehmende gesellschaftliche Widerstände vor allem gegen die ökologische Transformation sowie unzureichende Fähigkeiten des politischen Systems, die Planungshorizonte von Gesellschaft und Unternehmen solide zu begleiten.

Das Modell Deutschland, das die Krisen der 1990er und 2000er Jahre vergleichsweise gut bewältigt hat, steckt seit 2018/2019 in einer neuen, schwierigeren Lage. Dabei geht es um mehr als kurzfristige konjunkturelle Schwächen – denn eine sich beschleunigende Deindustrialisierung und ein anhaltender



Abschwung sind längst Realität. Besonders deutlich ist, dass Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig in seine Infrastruktur – also in die Bedingungen von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und gesellschaftlicher Lebensqualität – investiert hat. Aber auch das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung und die Ansprechbarkeit für Niedergangsszenarien sind gewachsen.

Mit den folgenden Thesen soll der Rahmen der gegenwärtigen Lage umrissen und ein Weg nach vorne aufgezeigt werden. Was sind die Ziele, die Probleme und Herausforderungen – und was die Ideen, Strategien und Maßnahmen, um neue Perspektiven für progressive Politik aufzubauen?

## **1. Das Modell Deutschland steckt schon seit längerem in der Krise.**

Bekannt geworden ist der Begriff des Modells Deutschland 1976. Es stand damals im Fokus des von Helmut Schmidt geführten Bundestagswahlkampfes. Auf einer wissenschaftlichen Konzeptebene verbindet sich damit die Arbeitshypothese, dass es trotz Globalisierung eigenständige nationale institutionelle Konfigurationen gibt, die maßgeblichen Einfluss auf die ökonomische und soziale Performance ausüben.

Dem Ansatz geht es darum, grundlegende ökonomische, soziale und politische Strukturen der Bundesrepublik – vor allem im Unterschied zu anderen westlichen Industriegesellschaften – herauszuarbeiten, um die Aufgaben und das Handeln politischer Akteure innerhalb dieser Strukturen zu identifizieren. Die Grundidee besteht in einer Wechselbeziehung zwischen internationalem und nationalem System. Danach sind die nationalen Koalitionen und Institutionen Antworten auf die Herausforderungen und die spezifische Stellung der

maßgeblichen ökonomischen Sektoren in der Weltwirtschaft.

In seiner stabilen Phase – zwischen den 50er und 80er Jahren – zeichnete sich das Modell Deutschland durch vier zentrale Strukturmerkmale aus, die gleichsam als Schlüssel dienen, um die Verbindung von Wachstumsmodell und Gesellschaftsprojekt empirisch und analytisch zu erfassen:

1. erfolgreiche exportorientierte Kernsektoren, deren Wettbewerbsfähigkeit durch staatliche, verbandliche sowie finanz- und industrieorientierte Dienstleistungen flankiert wird;
2. einen politisch regulierten Infrastruktursektor;
3. gut organisierte Interessenverbände als Basis einer zwischen-betrieblichen und intersektoralen Selbstorganisation von Branchen und Interessen.
4. einem funktional vernetzten Verhandlungsstaat, dessen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Steuerungsinitiativen – unterstützt durch Parteien, Verbände und Länder – darauf hinwirken, dass die Reproduktion der Gesellschaftsformation mit dem spezifischen Integrationsmodus in das Weltwirtschaftssystem kohärent verbunden wird.

Schwerpunkte des Modell-Deutschland-Ansatzes sind die makroökonomische Steuerung, die institutionelle Sektorkoordination sowie makro- und mesokorporatistische Arrangements. Für das Verhältnis von Bundesregierung, Länderregierungen und autonomen intermediären Organisationen im Modell Deutschland hat der amerikanische Politologe Peter J. Katzenstein die Formulierung vom „semisovereign state“ entwickelt. Fundiert werde diese Halbsouveränität durch die Strukturen der deutschen Verhandlungsdemokratie sowie durch unabhängige Instanzen wie bspw. das Bundesverfassungsgericht und einflussreiche gesellschaftliche Verbände.

Die ubiquitäre Existenz verhandlungsorientierter Austauschstrukturen führt dazu, dass in der Regel ein Ausgleich zwischen den wichtigsten organisierten Interessengruppen geschaffen wird. Dabei bilden die auf diese Weise gewonnenen langfristigen Orientierungen zugleich die Basis für gesellschaftlichen Konsens; abrupte und grundlegende Strukturbrüche bleiben die Ausnahme. Das deutsche Modell mit seiner engen Kooperation zwischen politisch-staatlichem und gesellschaftlich-verbändebezogenem System ist durch Prozesse inkrementaler Veränderungen geprägt. Infolgedessen sind die statistischen Mittelwerte für die wichtigsten Parameter in der Regel stabil, die Streukoeffizienten gering und die Extremfälle an beiden Polen selten.

Mit Blick auf diese stabilitätsorientierte Ordnung spricht der Heidelberger Politologe Manfred G. Schmidt von einer „Politik des mittleren Weges“, der zwischen dem nordeuropäischen Wohlfahrtskapitalismus – wesentlich von einer politisch dominanten Sozialdemokratie geprägt – und dem nordamerikanischen marktorientierten Kapitalismus liege. Das deutsche Modell zeichnet sich dabei durch eine Machtverteilung aus, deren Schwerpunkt in der sogenannten Mitte liegt. Dies gelte nicht nur für die Besonderheiten der Staatstätigkeit, sondern auch für das mitte-orientierte Parteiensystem und die Bund-Länder-Institutionenordnung. Stabilisierende Prinzipien dieses mittleren Systems sind wirtschaftliche Effizienz und ein transferintensiver Sozialstaat, der als delegierender Sozialstaat hoheitliche Aufgaben auch an gesellschaftliche Verbände, wie die Tarifparteien und Wohlfahrtsverbände, delegiert.

Eine Gefährdung des Modells des mittleren Weges geht sowohl von der Schwächung der Interessenverbände und (Volks-) Parteien aus als auch von den veränderten internationalen Rahmenbedingungen: der Globalisierung, der neuen geopolitischen Lage und dem neuen Protektionismus. Die Schwäche der intermediären Instanzen wie auch die Schwerfälligkeit staatlicher Prozesse führten dazu, dass der verbandliche Einfluss eingeschränkt wurde, um durch Deregulierung eine stärkere Dezentralisie-

rung, Flexibilisierung und Individualisierung der Regelungsebenen und Leistungsniveaus zu erwirken. Damit ist die Politik des mittleren Weges zwar nicht unbedingt ans Ende geraten, aber deutlich brüchiger geworden, weil die Delegation hoheitlicher Aufgaben deutlich schwieriger geworden ist: erstens aufgrund der staatlichen Deregulierungspolitik und zweitens aufgrund der schrumpfenden Regelungskapazität und Reichweite der Akteure. Zudem ist die Politik des mittleren Weges stärker denn je von der EU und ihren Handlungskompetenzen abhängig. Damit verbinden sich sowohl Chancen als auch Risiken; ob das eine oder das andere überwiegt, hängt maßgeblich von einer klugen deutschen Aufstellung innerhalb der und für die EU ab.

Insgesamt aber sind die Bedingungen für die Erfolgsmöglichkeit des deutschen Modells brüchiger geworden. Das beginnt bei der Lage der Exportsektoren, die als ökonomischer Kern der deutschen Wirtschaft vor gravierenden Veränderungen stehen. Durch die neuen handelspolitischen Ausrichtungen Chinas und der USA, die wirtschaftliche Schwäche wichtiger Absatzmärkte (insbesondere Europa und China), die verschlechterten Standortbedingungen in Deutschland (v. a. bei Energiekosten und in puncto Fachkräftemangel) und die sinkende Wettbewerbsfähigkeit stehen diese Branchen unter erheblichem Druck.

Die Ursachen für die massiven Wachstumsprobleme reichen von einer unzureichenden Weiterentwicklung der Infrastruktur (Verkehr, Gesundheit, Bildung etc.), die nicht zuletzt auf eine mangelnde Investitionsfähigkeit des Staates zurückgeht, bis hin zu unklaren strategischen Positionierungen und Innovationsdefiziten. Deutschland investierte zwischen 2000 und 2020 durchschnittlich 2,1 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP); der europäische Durchschnitt liegt bei 3,7 Prozent des jeweiligen BIP. Nur Portugal und Irland investieren noch weniger. Neben dem Marktversagen gibt es auch ein Staatsversagen: 2006 gab es in Deutschland etwas mehr als zwei Millionen Sozialwohnungen; heute ist es nur noch etwa die Hälfte. Im gleichen Zeitraum ist die Bevölkerung jedoch um rund zwei

Millionen Menschen gewachsen (von 82,3 auf 84,6 Millionen).

Zu lange Planungsverfahren und zum Teil inkonsistente Weichenstellungen durch die Politik, die bis mindestens in die 90er Jahre zurückreichen, belasten das investive Verhalten und erschweren die Entwicklung längerfristiger Strategien. Insofern sind die Probleme durch ein Zusammenspiel unternehmerischer (Immobilienblase, Abgasskandal, Unfähigkeit ein günstiges E-Auto zu bauen etc.) und staatlich-politischer Defizite geprägt, wobei die politischen Defizite stärker im öffentlichen Scheinwerferlicht stehen und entsprechend stärker skandalisiert werden.

## **2. Der Umbau des Modells Deutschland muss flankiert werden durch eine Politik progressiver Sicherheit.**

Exogene und interne Veränderungen setzen das Modell Deutschland unter Druck. Dazu gehört auch ein signifikanter Rückgang an Vertrauen und Sicherheitsempfinden. Befördert wird diese neue Kultur der Unsicherheit durch Verschwörungstheoretiker und radikale Kräfte, die sich an ihren Niedergangserzählungen berauschen. Dem müssen sich Progressive stellen und auch entgegenstellen und ein eigenes, überzeugendes Sicherheitsangebot entwickeln. Dies könnte zu einer soliden Basis werden, um eine positive Zukunftsperspektive plausibel zu machen.

Wir brauchen ein umfassendes Konzept progressiver Sicherheit, das innere und äußere Sicherheit ebenso verbindet wie soziale, ökologische, geopolitische und technologische Dimensionen in einen Zusammenhang bringt statt einer Verengung auf migrationspolitische Ängste, die der Realität der

Herausforderungen nicht gerecht werden. Statt nur kognitiv konsistent zu sein, muss ein solches zukunftsfähiges Konzept aber auch den Alltag der Bürger:innen erreichen, um kommunikations- und anschlussfähig zu werden, Zuversicht vermitteln und sich durchsetzen zu können. Wir brauchen eine progressive Sicherheitspolitik als Grundlage für ein neues Modell Deutschland. Wir müssen schneller werden, ohne Schnelligkeit zum Selbstzweck werden zu lassen – sonst drohen politische Vorhaben zu Rohrkrepierern zu mutieren und weiteres Vertrauen zu kosten.

## **3. Um eine robuste, progressive Strategie zur Erneuerung des Modells Deutschland zu verankern, bedarf es auch eines tieferen Verständnisses der Gegenspieler und der Kooperationspartner.**

Obwohl die Hausaufgaben offensichtlich sind, die Deutschland zu bewältigen hat um nicht wieder zum kranken Mann Europas zu werden, gilt es auch die starken innenpolitischen Gegenkräfte zu identifizieren:

1. An erster Stelle steht das populistische Lager der Niedergangsunternehmer. Sie sehen Deutschland dem Untergang geweiht und sich selbst als Erlöser. Zu dieser Gruppe gehören nicht nur AfD, BSW, Fundamentalisten und Querdenker; auch innerhalb der FDP und der Union ist dieses Denken durchaus beliebt.
2. Die zweite Gruppe sind die Marktgläubigen (Anti-Staatler), die sich neuerdings nicht mehr allei-



ne am Neo- und Ordoliberalismus orientieren wollen. Sie suchen nach disruptiven Vorbildern, die eine radikale, libertäre Entstaatlichung proklamieren. Für diese Perspektive dienen ihnen Milei und Musk als neue Referenzpunkte. Die alte Marktgläubigkeit neoliberaler Art wird durch die Hoffnung nach echter Disruption ergänzt, die sich vor allem in einer nachhaltigen Entstaatlichung zeigen soll.

3. gibt es auch eine Perspektive, die sich alleine auf den Staat (Etatismus) konzentriert. Doch auch das wird nicht funktionieren: Wir brauchen beides: die unternehmerische und die gesellschaftliche Initiative und Verantwortung.

Für progressive Politik genügt es nicht, diese Perspektiven zu kritisieren und sich von ihnen zu distanzieren. Einerseits birgt jede dieser Perspektiven einzelne Vorteile; andererseits braucht es auch eine Selbstvergewisserung bezüglich eigener Fehler progressiver Politik, die im Zusammenspiel von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft eine Politik des fairen Fortschritts will – um so zur Erneuerung des Modells Deutschland auch in ökologischer Perspektive beizutragen. Dazu muss sie die folgende fünf Aspekte ins Zentrum eines zukunfts- und mehrheitsfähigen Modus Operandi stellen:

- Investitionen: umfangreiche private und öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Technologien und vor allem in Menschen;
- Schnelligkeit: weitergehende Vereinfachung von Planungsverfahren;
- Steuerung: zielgerichtete Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur und Technologieentwicklung;
- Transparenz: Verbesserung von Kommunikation und Nachvollziehbarkeit;
- Partizipation: Verbesserung der Beteiligung durch Parteien, Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen und Bürgerräte.

## 4. Vulnerabilitäten und Perspektiven für die Reform des Modells Deutschland progressiver Sicherheit.

Das Ziel progressiver Politik ist eine nachhaltige postfossile Kreislaufwirtschaft unter den Bedingungen einer innovativen Wirtschaft und einer freiheitlichen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Dafür müssen soziale, ökologische, ökonomische und demokratische Belange in ein produktives Zusammenspiel gebracht werden. Dabei sollte jedoch bedacht werden, dass das, was der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Rodrik 2011 als Trilemma für die Globalisierung beschrieben hat, in ähnlicher Weise für die ökologische Transformation gilt, dass nämlich zwischen den ökologischen, ökonomischen, sozialen und demokratiepolitischen Logiken Kompatibilitätsprobleme bestehen, die sich nicht so einfach auflösen lassen. Gleichwohl müssen die Anstrengungen für eine ökologische Transformation weiterentwickelt werden. In einer älter werdenden Gesellschaft gelten andere Geschwindigkeiten und andere Rücksichtnahmen, um nachhaltige Ziele verfolgen zu können. Zudem werden Partizipation, Kommunikation und Vertrauensaufbau eigene transformationsspezifische Formen annehmen müssen.

Auf der instrumentellen Ebene ist klar, dass eine Gesellschaft, die nicht investitionsfähig und auf der Höhe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist, nicht nur Probleme in der Legitimationssicherung hat, sondern vor allem in ihrer fortschrittlichen Zukunftsfähigkeit. Insofern ist die Organisation von Investitionsfähigkeit das A und O. Dabei werden wir am Ende an einer Modifikation der Schuldenbremse nicht vorbeikommen.

Als Exportnation sind wir davon abhängig, dass wir ein fairer Player in der Welt sind und ein geschätzter Handelspartner. Die Rohstoffe, die wir für unsere Transformation brauchen, befinden sich vor allem in Ländern, die eher illiberale bis autoritäre

Strukturen haben. Unsere Außenpolitik ist werteorientiert; sie ist aber auch interessenorientiert. Das ist ein Spannungsverhältnis, dem wir uns nicht entziehen können. Wir sollten anerkennen, dass z. B. die Länder des globalen Südens ihre eigenen Interessen auf der internationalen Ebene immer selbstbewusster vertreten. Gemeinsam mit ihnen die großen Herausforderungen von Frieden und Klimapolitik angehen zu können, wird über die Zukunft der Welt entscheiden. Jedenfalls sind wir möglicherweise mehr auf sie angewiesen, um unseren Wohlstand und unsere Demokratie absichern zu können, als umgekehrt.

Die Europäische Union muss gestärkt werden, um den autokratischer werdenden Akteuren der Welt politik angemessen begegnen zu können. Da Partner für diese autokratischen Akteure auch innerhalb der EU (Ungarn) agieren, sollte sich Deutschland stärker als europäische Führungsmacht begreifen. Da diese Rolle nicht gegeben ist, wird Deutschland sie sich mit Blick auf seine Geschichte und seine gegenwärtige Rolle erarbeiten müssen. Dabei könnte die Achse Frankreich-Polen-Deutschland eine wichtige Rolle spielen.

Angesichts des Vertrauensverlustes in das politische System, dessen Ursprung weit zurückliegt, zu dem der Bruch der Ampelregierung aber auch einen Beitrag geleistet hat, muss eine progressive Strategie nicht nur an Effizienz und Effektivität interessiert sein, sondern vor allem auch an Nachhaltigkeit. Das heißt: Wir brauchen die Schnelligkeit – und gleichzeitig die Langsamkeit (alternde Gesellschaft). Dieses durchaus spannungsreiche Verhältnis ist in den Blick zu nehmen, wenn wir über vertrauensbildende Maßnahmen nachdenken. Das wird nicht allein über den Staat und den Markt funktionieren; es bedarf auch einer Stärkung der organisierten Zivilgesellschaft.

## **5. Die Reform des Modells Deutschland braucht nicht nur mehr ökonomische In- novationen, sondern auch eine neue demokratische Kompromisskultur.**

Blicken wir abschließend auf zentrale Strukturen des Modells Deutschland und fragen danach, wo wir jetzt stehen. Erstens geht es um die exportorientierten Kernsektoren, die jahrzehntlang die ökonomische Basis für Wettbewerbsfähigkeit bildeten. Offensichtlich ist, dass vor allem die Automobil- und die Chemische Industrie ihre alte Stärke nicht mehr behaupten können. Die internationalen Wettbewerber sind stärker geworden, Rohstoff- und Energieprobleme belasten beide Zweige sehr und die eigene Innovationsfähigkeit ist zurückgegangen. Es steht zu vermuten, dass diese Sektoren an Wertschöpfung, Beschäftigung und Einfluss verlieren werden – mit Auswirkungen auf die Gesamtkonstellation des Modells Deutschland und sein Selbstbewusstsein.

Zweitens ist der politisch regulierte Infrastruktursektor durch Privatisierungen zurückgedrängt und durch unzureichende Investitionen geschwächt worden.

Drittens besitzen die ehemals gut organisierten Interessenverbände als Basis einer zwischenbetrieblichen und intersektoralen Selbstorganisation von Branchen und Interessen nur noch eine eingeschränkte Handlungs- und Regulierungsfähigkeit. Die Reichweite ihrer Aktivitäten ist durch Mitgliederverluste und eine reduzierte Loyalität der Mitglieder zurückgegangen. Zudem bringen sich zunehmend privatwirtschaftliche, partikuläre Akteure in diese Arena ein.

Das vierte Strukturelement besteht in einem funktional vernetzten Verhandlungsstaat, der darauf hin-

wirkt, dass das politische System die gesellschaftlichen Interessen mit den ökonomischen Interessen im Weltwirtschaftssystem kohärent verbinden kann. Dazu werden stabile politisch-gesellschaftliche Koalitionen benötigt, die auf entsprechenden Kompromissen basieren. Der Bruch der Ampel hat deutlich gemacht, dass Koalitionen, weil sie weniger in einem politischen Lager stattfinden, prekärer geworden sind und sich der Kompromiss als Mittel nachhaltiger Politikveränderung schwieriger herstellen lässt. Da dieses System aber auf belastbare Kompromisse angewiesen ist, stellen sich neue Fragen nach den Bedingungen der Möglichkeit von Kompromissen.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Erfolgsfaktoren des alten Modells Deutschland seit längerem erodieren und sich neue, belastbare Rahmenbedingungen bisher nicht etablieren konnten. Da dieses Modell und dessen Erfolgsfähigkeit vor allem von strukturellen, institutionellen Faktoren lebt, sind neue Regime von Produktivität und Innovation auf dieser Ebene anzusiedeln.

Progressive Politik zielt auf institutionelle Reformen. Zugleich begreift sie sich als Sachwalter demokratischer Zukunftsfähigkeit auch als zentraler Gegenspieler zu den gegenwärtig starken Strömungen des Niedergangs. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass der organisierte Zukunftspessimismus nicht nur das nationale und internationale Gefühlsleben, sondern vor allem die Politik prägt. Wir brauchen also neben der reformorientierten Institutionenpolitik auch eine robuste und resiliente Kommunikations- und investive Strategiefähigkeit. Das Ziel ist die offene Gesellschaft, die um ihre Feinde weiß und entsprechende Sicherheitsstrategien adressiert. Denn es geht um nicht weniger als ums Ganze.

Wir verteidigen unsere Demokratie und die Grundfesten eines innovativen und ökologischen Modells Deutschland, aber nicht den Status Quo. Wir wollen dazu beitragen, dass diese Gesellschaft sich wieder auf Reformen einlässt und sich selbst als Träger von konstruktiver Veränderung begreift. Ohne weitreichende Reformen wird es nicht gelingen, dieses

System für die gegenwärtigen Herausforderungen fit zu machen.

1. Eine zentrale Herausforderung, um das deutsche Modell unter den veränderten Bedingungen weiterzuentwickeln, besteht darin, dass die Europäische Union stärker denn je der Rahmen dafür sein sollte. Das ist angesichts der Schwierigkeiten, mit denen die EU konfrontiert ist, alles andere als leicht. Dafür ist es aber auch notwendig, dass sich Deutschland weiter europäisiert und sich als agile europäische Macht begreift.
2. Im Hinblick auf die Rohstoff- und Energiebasis der postfossilen Produktion ist eine Veränderung der inneren und äußeren Haltung in außenpolitischen Wirtschaftsbeziehungen notwendig: mehr Augenhöhe mit und mehr Sensibilität für Bedarfe und Ziele der Partner aus dem globalen Süden.
3. Die soziale Marktwirtschaft basiert auf gesellschaftlichem Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und der Bereitschaft und Fähigkeit der Hauptakteure (Staat, Unternehmen, Verbände) zur Konfliktlösung. Die Bedingungen von Kompromissen und ihre Bedeutung für unsere Zukunft sind stärker zu gewichten – und bedürfen neuer Impulse.

Letztlich muss das progressive Angebot über kurzfristige Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft hinausgehen. Notwendig sind umfassendere Antworten, die zur Erneuerung des Modells Deutschland beitragen. Es gibt eine starke Substanz und viel Potential, aber auch die Notwendigkeit ihrer Neuausrichtung und Neueinbettung – sowohl institutionell als auch mental. Die Zunahme illiberaler politischer Systeme im Außenbereich und demokratiefeindlicher Kräfte im Inneren müssen eine neue Kompromisskultur zwischen den demokratischen Kräften begründen, ohne dass Unterschiede dabei aufgegeben werden dürfen. Eine große Herausforderung, die eine robuste Demokratie jedoch meistern sollte. Schließlich geht es darum,

ob wir unter den veränderten welt- und marktpolitischen Bedingungen durch die eigene Resilience und Reformfähigkeit zu einem positiven Beispiel für die anderen werden können – in schwierigen Zeiten und nicht bei schönem Wetter.

*Dieser Text basiert auf einer Keynote, die Wolfgang Schroeder zur Eröffnung des 3. Politischen Symposiums von Das Progressive Zentrum am 5. Dezember 2024 im Allianz Forum in Berlin hielt.*

# Was ist die richtige Industriepolitik für Deutschland?

## Fachgruppe I Session 1

### Speakers und Moderation

- **Prof. Dr. Jens Südekum**  
Universität Düsseldorf
  - **Prof. Dr. Nicole Deitelhoff**  
Universität Frankfurt
  - **Claudia Nemat**  
Vorstandsmitglied für Technologie und Innovation, Deutsche Telekom AG
  - **Peter Siller**  
Leiter des Stabs Transformation im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
- Thomas Würdinger**  
Ressortleiter Grundsatz IG Metall
- **Moderation: Cathryn Clüver Ashbrook**  
Executive Vice President Bertelsmann Stiftung

### Ausgangslage und Fragestellung

Angesichts der gravierenden Veränderungen in den handelspolitischen Ausrichtungen Chinas und der USA, der wirtschaftlichen Schwäche wichtiger Absatzmärkte, der verschlechterten Standortbedingungen in Deutschland und der sinkenden Wettbewerbsfähigkeit zentraler Branchen sind sich Expert:innen weitgehend einig: Das „Modell Deutschland“, das die Krisen der 2000er und 2010er Jahre bewältigt hat, steckt seit 2018/2019 in einer neuen, möglicherweise noch ernsteren Lage. Dabei geht es um mehr als kurzfristige konjunkturelle Schwächen – eine beginnende Deindustrialisierung und ein anhaltender Abschwung stehen im Raum. Besonders deutlich wird, dass Deutschland schon lange zu wenig in seine wirtschaftliche Resilienz investiert hat. Die zentrale Frage lautet daher nun: Wie können wir uns besser auf geopolitische Erschütterungen und Konjunkturen der Weltwirtschaft vorbereiten, und welchen Preis sind wir bereit dafür zu zahlen?

Eine Antwort darauf ist die Rückkehr der Industriepolitik, eng verflochten mit handelspolitischen



Maßnahmen, die auf so etwas wie kontinentalen Merkantilismus hinauslaufen. Für exportorientierte Volkswirtschaften wie die deutsche kann dies aber nicht die abschließende Antwort sein. Wir wollen über den schwierigen Balanceakt zwischen der Verteidigung der internationalen Ordnung und effektiven wirtschaftspolitischen Antworten auf Trump und China sprechen. Wie kann Deutschland sich der neuen Lage anpassen und auf zukünftige Krisen vorbereiten?

## **Globale Herausforderungen und geopolitischer Kontext**

Die Debatte setzte mit der Analyse der gegenwärtigen globalen Herausforderungen an, die durch eine zunehmende Polarisierung der internationalen Staatengemeinschaft geprägt sei: Der Ukraine-Krieg habe die Blockade und Lähmung multilateraler Organisationen weiter verschärft und den Aufbau alternativer Strukturen, v. a. in Asien, beschleunigt. Diese Entwicklungen führten zu einem steigenden Misstrauen zwischen den Staaten und einer sinkenden Kooperationsbereitschaft, etwa bei der Klimapolitik, wie die COP29 in Baku gezeigt habe.

Der Rückgang des Freihandels, so ein Wortbeitrag, markiere einen historischen Wendepunkt nach Jahrzehnten der Ausweitung: Handelsrouten würden wieder unsicherer, Kosten stiegen, und der globale Handel organisiere sich zunehmend in Blöcken. Auch ausländische Direktinvestitionen folgten diesem Muster. Für Deutschland, das stark auf ein exportorientiertes Wirtschaftsmodell setzt, seien diese Trends eine große Herausforderung. Hinzu kämen hausgemachte nationale Probleme wie hohe Energiekosten, öffentlicher Investitionsstau und eine unübersichtliche regulatorische Lage. Um den wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen, seien daher zweifellos Investitionen im großen Stil notwendig. Diese müssten jedoch so gestaltet sein, dass sie die globale Polarisierung nicht weiter ver-

schärfen. Strategien wie „friendmaking shoring“, die neue Allianzen mit aufstrebenden Staaten fördern, ohne das Risiko geopolitischer Spannungen zu erhöhen, seien für ein aktiveres, strategisches Deutschland ein probater Weg.

## **Investitionsbedarf und finanzielle Rahmenbedingungen**

Eine zentrale Frage der Debatte um die deutsche Industriepolitik war, wie dringend benötigte Investitionen finanziert und strategisch ausgerichtet werden können. Deutschland stehe vor der Herausforderung, jährlich etwa 100 Milliarden Euro zusätzlich in Infrastruktur, Verteidigung, Bildung und Forschung zu investieren, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Diese Summe übersteigt nach Studien des IW Köln und des Dezernats Zukunft den Handlungsspielraum der Schuldenbremse deutlich. Im Fokus der Debatte standen zudem private Investitionen, deren Quote seit den 1990er Jahren stetig gesunken ist. Die Teilnehmenden hinterfragten kritisch, ob die bisherige Strategie, groß angelegte Leuchtturmprojekte wie Intel oder TSMC mit öffentlichen Mitteln zu fördern, tatsächlich eine Lösung für dieses Problem darstellt. Statt einer einseitigen Konzentration auf Großkonzerne wurde die gezielte Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) als zweite Säule einer zukunftsgerichteten Industriepolitik vorgeschlagen. Ergänzend dazu könnten Venture-Capital-Programme dabei helfen, das Innovationspotenzial in Deutschland auszuschöpfen und Start-ups gezielt zu unterstützen.

## **Bürokratie und staatliche Rahmenbedingungen**

In der Diskussion zeigte sich ein breiter Konsens darüber, dass der Staat eine aktivere und zugleich effizientere Rolle einnehmen muss. Ein „stärkerer, aber schlanker“ Staat soll durch den gezielten Abbau bürokratischer Hürden die Planung und Genehmigung beschleunigen und dabei die Gesamteffizienz der Prozesse bei jeder Einzelmaßnahme stärker berücksichtigen. Die Förderung von Technologien sollte weniger auf spezifischen Zielvorgaben basieren, da die Dynamik technologischer Entwicklungen schwer vorhersehbar ist. Stattdessen wurde eine stärkere Clusterförderung empfohlen, um Synergien zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Start-ups zu ermöglichen.

## **Energie- und Handelspolitik**

Die Energiepolitik ist ein weiterer Schlüsselbereich, denn stabile und wettbewerbsfähige Energiekosten und Versorgungssicherheiten sind für Unternehmen essenziell. Übergangslösungen wie ein Brückenstrompreis wurden als notwendig angesehen, bis erneuerbare Energien flächendeckend verfügbar sind. Solche Maßnahmen, so ein Teilnehmer, machten allerdings auf europäischer Ebene mehr Sinn – schließlich gehe es um die ganze Union, und nicht um einen innereuropäischen Wettstreit. Deutschland müsse seine Aversion gegen Kernenergie zur Stärkung europäischer Kooperation womöglich aufgeben.

In der Handelspolitik wurde die Bedeutung eines strategischen Vorgehens betont. Angesichts des zunehmenden Protektionismus in den USA und China müsse Deutschland zusammen mit der EU strategische Antworten finden, die den globalen Handel stärken und gleichzeitig die Abhängigkeit von be-

stimmten Handelspartnern verringern. Das aktuell verhandelte Abkommen mit den Mercosur-Staaten sei ein Beispiel für die Unfähigkeit der EU-Staaten, eine gemeinsame Strategie über nationale Interessen zu stellen; man hätte das Abkommen schon vor Jahren schließen können, so eine Teilnehmerin.

## **Gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen**

Die Debatte beleuchtete auch die gesellschaftlichen Implikationen der Industriepolitik. Es wurde diskutiert, wie Industriepolitik mit sozialen Belangen in Einklang gebracht werden kann, ohne die Förderung zukunftsorientierter Investitionen zu gefährden. Besonders der demografische Wandel und die Frage, wie Fachkräftepotenziale – etwa durch höhere Frauenerwerbstätigkeit – besser genutzt werden können, wurden als ein möglicher Lösungsansatz thematisiert. Zudem müssten nationale und europäische Interessen stärker abgestimmt werden. Eine rein nationale Industriepolitik sei nicht mehr ausreichend, weil die wirtschaftlichen Herausforderungen nur durch eine enge Zusammenarbeit innerhalb der EU bewältigt werden könnten. Dazu gehört eine Reform der Beihilferegeln, um Investitionen zu erleichtern und den gesamten Binnenmarkt zu stärken.

## Fazit

Die Debatte macht deutlich, dass die deutsche Industriepolitik vor einem grundlegenden Wandel steht. Investitionen sind unverzichtbar, müssen aber strategisch klug, sozial ausgewogen und europäisch abgestimmt sein. Der Schwerpunkt sollte auf der Förderung von Innovationen, der Transformation traditioneller Industrien und einer langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit liegen. Eine erfolgreiche Industriepolitik erfordert darüber hinaus mutige Reformen in der Bürokratie, der Energiepolitik und den sozialen Sicherungssystemen. Die Balance zwischen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Fortschritt ist dabei entscheidend. Nur durch eine koordinierte und zukunftsgerichtete Strategie kann Deutschland seine Rolle als Produktionsstandort behaupten und zugleich einen Beitrag zur globalen Stabilität leisten.

# Wie wird Deutschland wieder zu einem Vorreiter bei Innovationen?

## Fachgruppe I Session 2

### Speakers und Moderation

- **Prof. Dr. Anke Hassel**  
Professorin für Public Policy, Hertie School & Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Progressiven Zentrums
- **Paula Cipierre**  
Director of Data Ethics & Innovation, ada Learning GmbH
- **Sabine Frank**  
Head of Governmental Affairs and Public Policy, Google DACH
- **Dr. Thomas Steg**  
Generalbevollmächtigter für Außen- und Regierungsbeziehungen, Volkswagen AG
- **Prof. Dr. Karoline Rogge**  
Stellvertretende Leiterin des Competence Centers Politik und Gesellschaft, Fraunhofer ISI
- **Daniel Posch**  
Projektmanager im Bereich Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft, Bertelsmann Stiftung
- **Moderation: Daniel Erk**  
Redakteur und Reporter im Ressort Story, Tagesspiegel

### Ausgangslage und Fragestellung

Deutschlands Selbstbild als technologische Vorreiteration gerät zunehmend ins Wanken. Bürger:innen spüren dies im Alltag, und auch die Wirtschaft leidet unter einem Mangel an innovativen Betrieben und Produkten. Besonders im Bereich Digitalisierung hat Deutschland seit den 1990er Jahren entscheidende Chancen verpasst. Viele deutsche Unternehmen sind heute vor allem in Bereichen führend, deren technologische Grundlagen vor Jahrzehnten oder Jahrhunderten gelegt wurden. In der Debatte wurde früh darauf verwiesen, dass dieser Rückstand allerdings nicht auf zu geringe Forschungsausgaben oder mangelnde Kreativität zurückzuführen sei – sondern auf unzureichende Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Innovationen. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, ob das Innovationsverständnis in Deutschland eine Aktualisierung benötigt: Haben wir die richtigen Missionen, um eine erfolgreiche Innovationspolitik zu gestalten? Welche Voraussetzungen sind für eine effektive Innovationspolitik erforderlich? Und welche Lehren können wir aus den Ansätzen anderer Länder ziehen?

## Breiter Innovationsbegriff und strukturelle Schwächen

Deutschland, so die Teilnehmenden, stünde vor der Herausforderung, seinen Innovationsbegriff zu erweitern und dabei nicht nur technologische, sondern auch soziale und institutionelle Aspekte einzubeziehen. Die strukturellen Schwächen der deutschen Innovationspolitik lägen vor allem in einem schwach ausgeprägten Markt für Wagniskapital, einer hohen Risikoaversion und einer zu geringen Gründungsquote. Gleichzeitig fehle es an Fachkräften in den MINT-Bereichen, was die Innovationskraft zusätzlich bremst.

Der gezielte Auf- und Ausbau von Innovationsökosystemen könnte hier Abhilfe schaffen. Deutschland habe eine starke Forschungslandschaft und belege im OECD-Vergleich bei der Innovation großer Unternehmen den zweiten Platz. Statt zu versuchen, eine Technologiebranche nach dem Vorbild der USA zu schaffen, sollten diese Stärken gezielt genutzt werden – Deutschland wäre besser beraten, sich beispielsweise an Skandinavien zu orientieren. Die Förderung von regionalen Clustern und interdisziplinären Netzwerken könnte Wissenschaft, Unternehmen und Zivilgesellschaft dabei unterstützen, gemeinsam innovative Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Ein Erfolgsbeispiel hierfür sei die Founders Foundation in Bielefeld, die Start-ups mit etablierten Unternehmen zusammenbringe und so dazu beitrage, dass Innovationen frühzeitig erkannt und in die praktische Anwendung gebracht werden könnten.

## Kultureller Wandel und nachhaltige Kreislaufwirtschaft

Einig waren sich die Diskutant:innen darin, dass ein kultureller Wandel hin zu mehr Mut und Risikobereitschaft erforderlich sei, um in Deutschland eine lebendige Innovationskultur zu schaffen. Auch hier dürfe man nicht die Mentalität des Silicon Valley kopieren. Vielmehr sollte der Fokus darauf liegen, die eigenen Stärken zu erkennen und gezielt auszubauen. Die Diskussion hat gezeigt, dass Deutschland insbesondere im Bereich der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft bereits stark positioniert ist und diesen Vorsprung weiter ausbauen könnte. Dieses Potenzial gelte es zu nutzen, um eine genuin europäische Innovationskultur zu schaffen, die nicht nur technologischen Fortschritt, sondern auch ökologische und soziale Verantwortung ins Zentrum rücke. Eine Modernisierung der staatlichen Bürokratie und eine effizientere Regulierung könnten dazu beitragen, den Weg für schnellere und zielgerichtete Innovationsprozesse zu ebnen.

Auch der im September 2024 erschienene Draghi-Report rückt Innovation ins Zentrum einer neuen europäischen Wettbewerbsstrategie – und zeige, warum die EU ihre Innovationslücke dringend schließen müsste. Der Report bemüht einen ganzheitlichen, europäischen Innovationsansatz und betont die Notwendigkeit einer koordinierten und integrierten Strategie. Diese umfasse die Integration zentraler Handlungsfelder wie Forschung und Innovation (FuI), die Verknüpfung von Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit sowie strategische Souveränität in Bezug auf kritische Rohstoffe und Schlüsseltechnologien. Diese Impulse gelte es auch in Deutschland aufzugreifen, um eine umfassende Innovationsstrategie zu entwickeln.



## Notwendige Weichenstellungen für die Zukunft

Ein zentraler Punkt der Diskussion war die Notwendigkeit, eine missionsorientierte Innovationspolitik zu entwickeln, die klare Ziele und Prioritäten setzt. Es genüge nicht, in alle Richtungen zu streben; Deutschland müsse gezielt entscheiden, in welchen Bereichen es führend sein wolle und welche Felder aufgegeben werden sollten. Die Teilnehmenden betonten, dass beispielsweise Künstliche Intelligenz (KI) stärker gefördert werden sollte, da sie als größter Treiber für Innovation und Wachstum in naher Zukunft gelte – im Gegensatz zum noch unausgereiften Quantencomputing.

Eine zentrale Kritik an der Regulierung von KI sei, dass sie kein Selbstzweck sein dürfe. Statt ausschließlich Risiken zu minimieren, müsse sie auch Innovationen fördern. Eine ausgewogene Regulierung, die Schutz und Förderung vereint, könne Deutschlands Position im Bereich der KI stärken, ohne die Innovationskraft zu hemmen. Darüber hinaus sei eine stärkere Förderung der beruflichen Weiterbildung essenziell, um die Belegschaft auf die digitale Transformation vorzubereiten. Ohne gezielte Investitionen in diese Bereiche riskiere Deutschland, weiter an Innovationskraft zu verlieren. Der Blick auf andere Regionen und das Abweichen von traditionellen Ansätzen könnten helfen, neue Innovationspfade zu erschließen, die besser zu Deutschlands Stärken passen

## Stärkung des Mittelstands und neue Technologiefelder

Der Mittelstand, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, sollte gezielt gefördert werden. Viele der oft übersehenen Hidden Champions sind hochinno-

vativ und sollten stärker in den Innovationsdiskurs eingebunden werden. Eine intensivere Vernetzung von Mittelstand, Start-ups und Großunternehmen könnte Synergien schaffen und den Innovationsstandort stärken.

Im Rennen um autonomes Fahren und Feststoffzellen ist noch alles offen. Deutschland könnte hier eine führende Rolle übernehmen, wenn Forschungsanstrengungen gebündelt und gezielte Investitionen getätigt werden. Diese Technologien bieten enorme Chancen für die Automobil- und Energiewirtschaft und erfordern kluge politische Maßnahmen sowie gezielte Förderung.

## Fazit

Letztlich wird der Erfolg der deutschen Innovationspolitik davon abhängen, wie gut es gelingt, strukturelle Hürden wie Risikoscheu und geringe Gründungsquoten zu überwinden und gleichzeitig die seit jeher erfolgreichen Elemente der deutschen Innovationslandschaft weiter auszubauen, etwa die Fähigkeit zu wechselseitigen Partnerschaften zwischen innovativen Start-ups, dem Mittelstand und der Industrie. Übergreifend erfordert dies eine klare politische Führung: Deutschland kann wieder Innovationsvorreiter werden, wenn es ziel- und zweckbewusste Missionen entwirft und diese auch verlässlich kommuniziert. Investitionen in die Entwicklung sicherer KI-Technologien könnten – in Verbindung mit dem neu geschaffenen europäischen Rechtsrahmen – beispielhaft für eine solche Priorisierung sein. Daraus gilt es eine maßgeschneiderte Strategie abzuleiten, die nicht lediglich das amerikanische Modell zu kopieren versucht, sondern vielmehr auf die innovativen Ansätze kleinerer Volkswirtschaften und Erfolgsgeschichten jenseits der traditionellen Innovationszentren blickt. Es braucht Bewusstsein für unsere Stärken, Vertrauen in einen eigenständigen, europäischen Weg und vor allem Mut, über den Tellerrand hinauszublicken.

# Was sind die politischen Voraussetzungen für eine europäische Investitionsagenda?

## Fachgruppe II Session 1

### Speakers und Moderation

- **Dr. Johannes Lindner**  
Co-Direktor, Jacques Delors Centre
- **Ole Funke**  
Gruppenleiter Koordinierung der Europapolitik; wirtschafts- und finanzpolitische Aspekte der europäischen Integration, Bundeskanzleramt
- **Dr. Judith Hermes**  
Leiterin der Abteilung für Europapolitik und Internationale Finanzpolitik, Bundesministerium der Finanzen
- **Heike Freimuth**  
Leiterin des Berliner Büros der Europäischen Investitionsbank
- **Johannes Müller**  
Managing Director, Global Head of Research & Chief Economist, DWS
- **Moderation: Linn Selle**  
Referatsleiterin Europa, Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund

### Ausgangslage und Fragestellung

Zu Beginn der Diskussion wurde es schnell klar: Es steht über politische Lagergrenzen hinweg außer Frage, dass Europa vor einem massiven Investitionsbedarf in die eigene Verteidigungsfähigkeit und Transformation hin zur Klimaneutralität steht. Positiv hervorzuheben ist, dass darüber grundsätzlich Einigkeit besteht und die Debatte sich inzwischen auf das „Wie“ und nicht mehr auf das „Ob“ der Finanzierung konzentriert. Als Richtwert für den Investitionsbedarf dienen die Berechnungen des Draghi-Reports, der zusätzliche Investitionen von 750 bis 800 Milliarden Euro pro Jahr kalkuliert hat, um die klima- und verteidigungspolitischen Ziele der EU noch erreichen zu können. In Anbetracht der Dringlichkeit von Verteidigungs- und Transformationsmaßnahmen müssen zügig Lösungen gefunden werden, um das benötigte Finanzvolumen bereitzustellen. Die anschließende Diskussion fokussierte sich dementsprechend auf folgende zentralen Fragen: (1) Welche Instrumente stehen auf EU-Ebene für Investitionen zur Verfügung? (2) Welche Rolle können neue europäische Schulden spielen? (3) Wie lässt sich privates Kapital mobilisieren?

## Finanzielle Instrumente auf EU-Ebene

Die EU hat sich bisher vor allem auf regulative Instrumente verlassen, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Angesichts der enormen Herausforderungen, vor denen Europa steht, dreht sich die Debatte mittlerweile hingegen um finanzielle Instrumente. Traditionell dienen die finanziellen Mittel der EU dazu, wirtschaftliche Ungleichgewichte im Binnenmarkt auszugleichen. Sie sind darauf ausgelegt, den Mitgliedstaaten Unterstützung zu bieten, die weniger stark von der wirtschaftlichen Integration profitieren, und so die Kohäsion innerhalb der EU zu fördern. Dieser Ansatz war lange ein Kernelement, um die europäische Integration voranzutreiben und eine solide Grundlage für gemeinsames Wachstum und Zusammenarbeit. In diesem Kontext nimmt Deutschland, als größter Nettozahler der EU, eine zentrale Rolle ein. Gleichzeitig wird die Governance der Mittelverwendung zunehmend wichtiger. Die Europäische Kommission hat zuletzt Diskussionen angestoßen, die Fragen nach der zukünftigen Ausgestaltung und Steuerung der EU-Finanzierung aufwerfen. Auch aktuelle Leaks deuten darauf hin, dass Reformen auf der Agenda stehen, um die bestehenden Instrumente effizienter und zielgerichteter zu gestalten. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf zwei zentralen Säulen der EU-Finanzierung. Die Kohäsionssäule umfasst traditionelle Bereiche wie die Landwirtschaft und Strukturpolitik, bei denen die Mitgliedstaaten eine hohe Autonomie genießen. Sie können weitgehend selbst entscheiden, wie sie die Mittel einsetzen, verpflichten sich dabei aber zu bestimmten Reformzielen. Die zweite Säule, so die Diskussion, solle sich europäischen öffentlichen Gütern ("EPGs") widmen, etwa in den Bereichen Klimaschutz, Verteidigung oder Digitalisierung. Allerdings sind die Details zur Governance dieser neuen Instrumente noch offen und werden kontrovers diskutiert, da sie eine stärkere gemeinsame Steuerung und eine klare Prioritätensetzung – ergo eine gemeinsame Politik – erfordern. Aufgrund der angespannten fiskalischen Situation vieler Mitglieds-

staaten wird bezüglich des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU ab 2028 allerdings kein signifikant erhöhtes Volumen in allen Bereichen der EU-Finanzierung erwartet. Hinzukommt, dass 2028 auch die Rückzahlung der Schulden aus dem NextGenerationEU Konjunkturpaket beginnt. Um diese Zahlungen zu leisten, müssten die Mitgliedstaaten entweder neue Eigenmittel einbringen (z.B. über Steuererhöhungen) oder erneut gemeinsame Schulden aufnehmen. Da beides unrealistisch erscheint, ist davon auszugehen, dass die Rückzahlungen zu Lasten neuer Instrumente in den MFR selbst integriert werden müssen. Die implizierte Umwidmung von bestehenden Mitteln wird politische Konflikte schüren. Außerdem hat sich der letzte MFR (2021–2027) im Kontext der Krisen der letzten Jahre als nicht hinreichend erwiesen, um angemessen zu reagieren; die gemeinsame Schuldenaufnahme im Rahmen von NextGenerationEU war eine Konsequenz daraus. Aber könnte die Finanzierung überhaupt in ausreichendem Maße über neue Schulden erfolgen?

## Neue gemeinsame europäische Schulden?

Sowohl die politische Plausibilität als auch die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit von neuen gemeinsamen europäischen Schulden waren Gegenstand der intensiven Debatte. Erstens können neue Schulden nur einstimmig verabschiedet werden und erfordern ein hohes Maß an vorangehender politischer Koordination. Zweitens bleiben Bedenken bezüglich der Rechtmäßigkeit bestehen, wie die Auseinandersetzung des Bundesverfassungsgerichts mit dem Beschluss zu den NextGenerationEU-Mitteln gezeigt hat. Drittens lohnen sich gemeinsame Schulden nicht für alle Mitgliedsstaaten. Portugal refinanziert sich beispielsweise günstiger und Belgien nur wenig teurer als die EU. Darüber hinaus ist die Tatsache alarmierend, dass es auf EU-Ebene noch keine Antwort darauf gibt, wie die bereits be-

stehenden Schulden zurückgezahlt werden sollen.

Besonders zugespitzt hat sich diese Frage im Hinblick darauf, ob die Finanzierung von Verteidigungsausgaben auf EU-Ebene gelöst werden sollte. Dagegen spräche, dass es wirtschaftlich wenig sinnvoll sei, für die Verteidigung gemeinsame Schulden aufzunehmen. Es handele sich nicht um Investitionen im engen Sinne, bei denen eine Rendite zu erwarten ist, sondern um größtenteils konsumtive Ausgaben. Hinzu käme auch ein Mangel an politischer Vorarbeit, denn bei einer gemeinsamen Finanzierung über EU-Mittel werden auch politische Kompetenzen auf EU-Ebene verlagert. Momentan bestünden jedoch keine ausreichenden Governance-Strukturen, um gemeinsame Entscheidungen über Beschaffungen und die Organisation von Verteidigung zu treffen. Für eine europäische Lösung spräche hingegen die enorme Ineffizienz von 27 Maßnahmenplänen in der Verteidigung. Auch wenn die Finanzierung über Schulden ökonomisch suboptimal sei, so die Diskutant:innen, so sei sie ggf. politisch doch die beste Lösung – insbesondere in Anbetracht des Zeitdrucks zur Skalierung der Ausgaben.

## **Effizientere Nutzung bestehender EU-Mittel**

Statt auf die Akquise neuer Gelder sollte sich die EU auf eine effizientere Nutzung bestehender Mittel konzentrieren, lautete ein gegenläufiges Plädoyer. Im derzeitigen MFR seien noch erhebliche Mittel unausgeschöpft. Fraglich sei, wie diese Mittel möglichst effizient und effektiv in Umlauf gebracht werden könnten. Außerdem sei die Bilanz der Investitionen im Rahmen von NextGenerationEU durchmischt. Ein klares Bild darüber, ob die Mittel im Einzelnen zweckgemäß und erfolgreich verwendet werden, stehe noch aus. Mehr noch, es träten sowohl bei den Kohäsionsfonds als auch bei NextGenerationEU Absorptionsprobleme auf. Konsens

unter den Diskutant:innen war, dass die Sorge vor dem Versickern der Gelder berechtigt ist und die bestehenden Verwaltungsstrukturen überarbeitet werden müssen. Zurückzuführen sei die Problematik darauf, dass die Verwaltungsstrukturen auf das Verteilen von Kohäsions- und nicht von Investitionsgeldern ausgelegt sind. Ein erfolgreiches Beispiel, an das angeknüpft werden sollte, böten die Strukturen der Aufbau- und Resilienzfazilität im Rahmen von NextGenerationEU.

## **Standort Europa: Mobilisierung von privatem Kapital**

Die Mobilisierung privaten Kapitals stellt ein wichtiges Element der politischen Antwort auf die skizzierten Probleme dar. Allerdings – so ein Teilnehmer – sei die Einschätzung der Investitionsattraktivität Europas im Privatsektor schlecht, insbesondere im Vergleich mit den USA. Diese negative Wahrnehmung lässt sich vor allem durch die starke Export- und Industrieabhängigkeit zu erklären sowie durch den Ruf, dass Europa eher zu den “Bewahrer:innen” als zu den “Innovator:innen” gehöre. Auch wenn sich mit dem Fokus auf neue nachhaltige Antriebstechniken in der Industrie und dem Ausbau von digitalen Märkten diesbezüglich etwas ändert, so bliebe doch das Image haften, dass Europa sich mit der Transformation schwertue. Um dieses Bild zu ändern, brauche es nicht nur mehr Risikobereitschaft, sondern auch eine Weiterentwicklung in Richtung einer Kapitalmarktunion.

Dem vorgebrachten Konzept aus dem Draghi-Report, diesen Weg mithilfe von “European Safe Assets” zu gehen, wurde mit Skepsis begegnet. Zum einen hängt die Bonität der EU derzeit an wenigen Staaten mit einem AAA-Rating und zum anderen ist ein europäisches “safe asset” nur im Zuge einer tatsächlichen Fiskalunion realistisch. Als weitaus

vielversprechender erachten die Diskutant:innen die Ausweitung der Tätigkeiten der Europäischen Investitionsbank (EIB). Prinzipiell geht es darum, durch die Verzahnung von privaten und öffentlichen Geldern Marktlücken zu füllen. Die EIB finanziert momentan bis zu 50% von Projektvorhaben und erleichtert somit privatem Kapital den Einstieg. Hervorzuheben ist auch, dass die Präsenz der EIB in einem Projekt bereits jetzt als "Gütesiegel" wahrgenommen wird und somit die Bereitschaft des privaten Sektors zu weiteren Investitionen erhöht. Zusätzlich bietet die EIB auch Garantien für Geschäftsbanken und zielt darauf ab, diesen Finanzhebel im Rahmen des InvestEU-Fonds in Zukunft weiter auszubauen.

## Fazit

Das zentrale Problem, das aus der Diskussion hervorgeht, ist die Frage, wie eine gemeinsame Governance auf europäischer Ebene gestaltet werden kann. Ohne klare und kohärente Strukturen, die sowohl die Interessen der Mitgliedstaaten als auch die gemeinsamen Ziele berücksichtigen, wird es schwerfallen, die dringend benötigten Fortschritte in Sachen Finanzierung von Investitionen zu erzielen. Vorschläge wie die European Safe Assets oder eine Debatte zu den Europäischen öffentlichen Gütern gründen auf der Annahme einer Weiterentwicklung von effektiven Governancestrukturen.

In Deutschland glaubt man, groß genug zu sein, um die Herausforderungen im Alleingang zu bewältigen. Diese Denkweise ist nicht nur unrealistisch, sondern auch kontraproduktiv. Nur ein unionsweites Denken, getragen von einer Führungsrolle Deutschlands, kann die EU in die Lage versetzen, gemeinsam zu handeln und Fortschritte zu erzielen. Angesichts der begrenzten öffentlichen Mittel auf EU- und nationaler Ebene ist es entscheidend, diese Gelder bestmöglich einzusetzen und sie durch die Mobilisierung privaten Kapitals zu ergänzen.



# Finanzbedarfe und Finanzierungsoptionen – Welche Zukunftsinvestitionen sind für Deutschland unerlässlich?

## Fachgruppe II Session 2

### Speakers und Moderation

- **Prof. Dr. Michael Hüther**  
Direktor des Instituts der deutschen  
Wirtschaft Köln
- **Dr. Florian Schuster-Johnson**  
Senior Economist beim Dezernat Zukunft
- **Nils Hilmer**  
Staatssekretär, Bundesministerium der  
Verteidigung
- **Dr. Nina Scheer**  
MdB (SPD) & Obfrau im Ausschuss für Klima-  
schutz und Energie
- **Dr. Sebastian Schäfer**  
MdB (Grüne) & Obmann im Haushaltsaus-  
schuss
- **Prof. Dr. Maja Göpel**  
Leuphana Universität & Mission Wertvoll
- **Michelle Schmitz**  
Leiterin der Berliner Repräsentanz der Allianz  
SE
- **Carl Mühlbach**  
Gründer und Direktor, FiscalFuture
- **Moderation: Petra Pinzler**  
Hauptstadtkorrespondentin bei DIE ZEIT

### Ausgangslage und Fragestellung

Die Impulse haben verdeutlicht, dass Deutschland vor einer erheblichen Finanzierungslücke steht, die nicht allein durch privates Kapital geschlossen werden kann. Alle Diskutant:innen stimmten darin überein, dass es einer langfristigen und nachhaltigen Lösung bedarf, die über die nächste Legislaturperiode hinaus die deutsche Finanzpolitik prägen kann. Die heute bestehende Finanzierungslücke sei

nicht nur auf die notwendige Auflösung des Investitionsstaus zurückzuführen, und damit auf ein mittelfristiges Problem, sondern auch auf die immer stärker spürbaren finanziellen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft sowie auf schwer kalkulierbare externe Faktoren wie geopolitischen Entwicklungen.

Entsprechend müsse eine produktive Debatte über die Prinzipien zur Priorisierung unterschiedlicher Ausgaben geführt werden. Dies sei besonders wichtig für eine mögliche Reform der Schuldenbremse, wie sie von progressiven Parteien vorgeschlagen werde. Für die Finanzierung zentraler Ausgaben in den Bereichen Transformation, Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung und Modernisierung des Staates sei eine solche Reform unverzichtbar, sollte jedoch nur ein Bestandteil einer umfassenderen Agenda sein. Allerdings würden die hohen prognostizierten Werte der AfD darauf hindeuten, dass es für eine solche Reform möglicherweise keine ausreichende Mehrheit im Bundestag geben könnte – selbst wenn die bürgerlichen Parteien zustimmen würden.

Selbst in einem optimistischen Szenario, in dem die AfD die Sperrminorität verfehlt, müssten die demokratischen Parteien bereit sein, von Extrempositionen abzurücken – sei es die vollständige Abschaffung der Schuldenbremse oder ihre Beibehaltung in der aktuellen Form – und kompromissorientiert handeln. Dies wirft nicht nur Detailfragen zur konkreten Ausgestaltung einer Reform auf, sondern eröffnet auch einen breiteren Diskurs über die grundlegenden Leitlinien der Finanzpolitik in Deutschland. Die Diskussion konzentrierte sich auf folgende Leitfragen:

- Welche fiskalischen Rahmenbedingungen und Leitlinien braucht eine zielführende Zukunftsinvestitionsagenda? Wie können Reform und Investition fruchtbar zusammen gedacht werden?
- Wie sollen die Lücken für die notwendigen Finanzbedarfe gefüllt werden? Welche Argumente sprechen für oder gegen einzelne Maßnahmen wie die Reform der Schuldenbremse, Einsparungen im Haushalt oder Steuererhöhungen?

- In welchen Bereichen sind Investitionen zukünftig unerlässlich? Welches Update braucht der Investitionsbegriff selbst, um den Herausforderungen angemessen begegnen zu können?

## Reform der Schuldenbremse

Ein zentraler Punkt war die Diskussion um die Schuldenbremse. Während nahezu alle Teilnehmer:innen betonten, dass ihre Reform notwendig sei, um langfristige Investitionen zu ermöglichen, gab es auch Stimmen, die auf die Notwendigkeit klarer Priorisierungen hinwiesen, um die Staatsverschuldung nicht unkontrolliert anwachsen zu lassen. Die Schuldentragfähigkeit Deutschlands sei durch die aktuelle Regelung nicht ausgeschöpft, es käme nun auf eine kluge und zweckgebundene Neuregelung an, die jedoch auch Grenzen der Belastbarkeit erkennt und benennt. Ein Schritt in die richtige Richtung, so einer der Impulsgeber, sei es, von den Zahlengrenzen des Artikel 115 wegzukommen, die ohnehin nicht auf empirischer Evidenz basierten. Stattdessen müsse die Tragfähigkeit selbst als Prinzip verinnerlicht und von Regierung und Opposition auf Basis von aktuellen Berechnungen gewahrt bzw. eingefordert werden. Eine deutliche Ausweitung der Neuschuldenaufnahme sei dann sinnvoll und im Sinne des Prinzips zu verargumentieren, wenn dadurch Investitionen in produktiven Bereichen wie Bildung oder Infrastruktur ermöglicht werden. Für solche produktiven Ausgaben müsse jede Reform mehr und großzügigeren Spielraum einräumen als derzeit. Dasselbe gelte bei der aktuellen Notlagenklausel, die unnötig kompliziert und wenig flexibel ausgelegt sei. Entscheidend, so einige Teilnehmer:innen, sei schließlich nicht allein der Umfang, sondern v.a. der Zweck von Ausgaben, insbesondere wenn andere Rechtsgüter des Grundgesetzes wie die Verteidigungsfähigkeit unter Druck stünden. Außerdem wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Jährigkeit disku-

tiert, das die politische Haushaltslogik unnötig zeitlich beschränke und so Langfristigkeit erschwere. Eine Reform der Schuldenbremse könne, so eine Teilnehmerin, auch zu mehr Verantwortungsübernahme bei der Politik führen. Man müsse jedoch der Realität ins Auge sehen: Die Schuldenbremse zu reformieren sei ein politisches Großprojekt, das Kompromissfähigkeit auf einem sehr hohen Niveau verlange.

## **Mögliche Leitlinien einer nachhaltigen Finanzpolitik**

Auch wenn die Reform der Schuldenbremse gelingt, würde dies allein nicht ausreichen, um die Finanzierungsprobleme Deutschlands zu lösen. Zugleich gelte es, Einsparungen im Haushalt und neue Einnahmequellen zu diskutieren. In diesem Kontext wurde über den Abbau (klimaschädlicher) Subventionen, Steuererhöhungen, und die Förderung privater Investitionen gesprochen.

### **Abbau klimaschädlicher Subventionen**

Obgleich der Versuch der Ampel-Regierung im Frühjahr 2024 zu massiven (Bauern-)Protesten führte, sollte nicht vor dem Abbau klimaschädlicher Subventionen zurückgeschreckt werden. Vielmehr sollte reflektiert werden, wie der Abbau sozialverträglich gestaltet werden kann. Die Unsicherheit, die in den betroffenen Betrieben herrscht, müsse zwar ernst genommen werden. Gleichzeitig gelte es, Kompromissfähigkeit auch bei Betrieben, Verbänden und in der Bevölkerung wieder stärker aufzubauen und einzufordern – durch einen ganzheitlichen und langfristigen Blick auf Verluste und Gewinne auf allen Seiten. Dies erfordere einen breiten Konsens der demokratischen Mitte.

### **Steuererhöhungen**

In der Diskussion war man sich einig, dass weitere Steuererhöhungen ein Mittel zur langfristigen Wiederherstellung fiskalischer Stabilität sein können, solange sie nicht soziale Ungerechtigkeiten verschärfen oder Anreize zu Erwerbstätigkeit, Investitionen oder Konsum übermäßig mindern. Deshalb wurde vor allem eine Steuererhöhung auf große Vermögen diskutiert. Deutschland sei ein Hochsteuerland für Arbeitende und ein Niedrigsteuerland für Vermögende, was im weltweiten Vergleich zu einer der ungleichsten Vermögensverteilungen in einer Demokratie führe. Das bestehende Vermögensteuergesetz sollte ggf. novelliert werden, sodass es besondere Anreize für Investitionen in Europa enthalte. Die Wiedereinführung der 1997 ausgesetzten Vermögensteuer könne insbesondere die Länder finanziell wieder entlasten. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer bei bestimmten Güterkategorien wurde im Zusammenspiel mit einer Entlastung bei der Einkommenssteuer als sinnvolles Werkzeug besprochen.

### **Private Investitionen und Public-Private-Partnerships**

Diskutiert wurde auch die Rolle privater Investitionen und die Nutzung von Public-Private-Partnerships (PPPs) in strategischen Bereichen wie der digitalen Infrastruktur. Dabei wurde betont, dass bestimmte Eigenschaften privater Unternehmen – etwa ihre Innovationskraft, Risikobereitschaft und teils höhere Effizienz – klare Vorteile bei spezifischen Herausforderungen im Bereich von Zukunftsinvestitionen bieten könnten. Gleichzeitig wurde jedoch darauf hingewiesen, dass in anderen Bereichen, wie der Daseinsvorsorge und Bildung, profitorientierte Unternehmen außen vor bleiben sollten, da die Kosten für Gewinne letztlich von den Bürger:innen getragen würden. Besonders wichtig sei es, private Investitionen strategisch zu begleiten und nicht nur wenige Leuchtturmprojekte zu fördern. Vielmehr gelte es, durch vielfältige Instrumente bessere Rahmenbedin-

gungen für Investitionen in der Breite zu schaffen. Staatliche Investitionen in Humankapital und Infrastruktur, ergänzt durch Maßnahmen wie steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten, wurden als solide Basis und Anreiz für private Investitionen hervorgehoben. Zudem sei es entscheidend, regulatorische Verlässlichkeit (wieder)herzustellen, da das Verhältnis zwischen Privatwirtschaft und Regulator:innen zuletzt gelitten habe.

## Fazit

Die Fachgruppen-Teilnehmer:innen waren sich zwar über die dramatische Ausgangslage einig, doch ihre Diskussion endete optimistisch. Ähnlich wie vor den großen Reformvorhaben vor mehr als zwanzig Jahren bestünde auch heute so etwas wie ein Krisenkonsens, d. h. die demokratische Mitte sei sich grundlegend einig über die Herausforderungen und zunehmend auch die Instrumente für eine wirtschafts- und steuerpolitische Wende. Die Diskussion über die Schuldenbremse würde auch mit der Union zunehmend konstruktiv geführt, das gelte besonders für die Landesregierungen. Nun käme es auf das Gelingen eines parteiübergreifenden Reformprojektes an, für das sich alle Seiten kompromissbereit zeigen müssten. Im Kern dessen könne die Besinnung auf den Zweck der Schuldenbremse stehen: Es gelte realwirtschaftlich, unabhängig gesetzlicher Limits, die Schuldentragfähigkeit Deutschlands zu sichern – und nicht demokratische Politik übermäßig zu binden. Dieser Standpunkt habe Aussicht auf eine breite Mehrheit.

# Soziale Sicherheit in der Transformation – Wo liegt das Soziale in der „Sozial- Ökologischen Transformation“?

## Fachgruppe III Session 1

### Speakers und Moderation

- **Dr. Brigitte Knopf**  
Gründerin und Direktorin Zukunft KlimaSozial
- **Ricarda Lang**  
Mitglied des Bundestags (Grüne)
- **Dr. Jenny Simon**  
Referatsleiterin „Soziale Dimension der Klima- und Umweltpolitik“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- **Julia Bläsius**  
Referatsleiterin “Politische Beratung und Impulse” bei der Friedrich-Ebert-Stiftung
- **Thomas Fischer**  
Abteilungsleiter “Grundsatz und Gute Arbeit”, DGB
- **Dr. Franziska Wolff**  
Referatsleiterin “Nachhaltigkeit, soziale Angelegenheiten der Umweltpolitik” im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- **Moderation: Johanna Siebert**  
Senior Projektmanagerin, Das Progressive Zentrum

### Ausgangslage und Fragestellung

Nicht erst seit der Debatte um die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes im Frühjahr 2023 ist die “Soziale Frage” in der Transformation endgültig im Zentrum der Debatte angekommen. Transformationspolitische Anstrengungen treffen auf eine Gesellschaft, die von Ungleichheiten gezeichnet ist. Die Ungleichheitsdimensionen sind dabei vielfältig: Neben der Einkommens- und Vermögensverteilung beeinflussen räumliche und sozialstrukturelle Faktoren die Betroffenheit und Anpassungsmöglichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Werden die sozialen Aspekte in der Klima- und Umweltpolitik nicht ausreichend berücksichtigt, drohen negative Verteilungseffekte und eine sinkende gesellschaftliche Akzeptanz.

Vor diesem Hintergrund standen folgende Fragen im Zentrum der Diskussion:

- Wie können die Chancen der Transformation für die Menschen materiell erfahrbar werden?
- Welche politischen Instrumente und administrativen Voraussetzungen sind dafür nötig?

# Status Quo: Die aktuelle Klimapolitik hat negative Verteilungseffekte

Die Bestandsaufnahme fiel in Bezug auf die soziale Komponente der ökologischen Transformation eher nüchtern aus. Obwohl – und hier waren sich alle der anwesenden Expert:innen einig – die soziale und die ökologische Frage untrennbar miteinander verbunden seien, sei die aktuelle Ausgestaltung der Klimapolitik zu häufig sozial ungerecht. Vier Ursachen wurden dafür ausgemacht:

- 1. Markteffizienz allein stellt keine soziale Gerechtigkeit her:** Bisher stützten sich klimapolitische Maßnahmen vor allem auf markt-basierte Instrumente, wie die Bepreisung von CO<sub>2</sub>. Diese seien aber ohne passgenaue Regulierungen und Ausgleichsinstrumente nicht in der Lage, eine gerechte Verteilung herzustellen. Stattdessen würden steigende Preise existierende soziale Ungleichheiten verstärken.
- 2. Regressive Verteilungswirkung der aktuellen Förderpolitik:** Die aktuelle Förderpolitik komme vor allem den wohlhabenden Teilen der Bevölkerung zugute, die sich einen Umstieg auf klimafreundliche Technologien auch ohne staatliche Unterstützung leisten könnten. Das Ausmaß der Umverteilung nach oben sei dabei nicht zu unterschätzen: Momentan übersteige beispielsweise die im Zuge von Klimaschutzmaßnahmen ausgezahlte Förderung für die oberen Einkommensdezile das Gesamtvolumen des Wohngelds für Bürgergeldempfänger:innen.
- 3. Keine soziale Folgenabschätzung bei Klima- und Umweltpolitik:** Insgesamt würden die sozialen Folgen klima- und umweltpolitischer Maßnahmen zu wenig berücksichtigt. So gebe es auf Bundesebene keine systematische Abschätzung der sozialen Auswirkungen von Klimapolitik. Dadurch entstünden immer wieder

nicht-intendierte negative Verteilungseffekte. Wenn sich einkommensschwache Haushalte einen Umstieg auf klimafreundliche Technologien wegen fehlender Förderung nicht leisten können und so keine Möglichkeit haben, steigenden Energiepreisen zu entgehen, führt das wiederum zu einem fossilen **Lock-in-Effekt**.

- 1. Schlechte Klimabilanz von Sozialpolitik:** Andersherum sollte auch Sozialpolitik auf ihre Klimawirkung überprüft werden. So sei beispielsweise der Anschaffungspreis das maßgebliche Kriterium für die Förderung eines Heizungsneukaufs für Sozialhilfeempfänger:innen. Dies führe dazu, dass der Staat in bestimmten Fällen die Anschaffung von Gasheizungen anstelle von klimaneutralen Alternativen subventioniere.

## Vier Säulen einer sozialen Klimapolitik

Im Folgenden wurde diskutiert, wie eine soziale Klimapolitik aussehen kann. Im Zentrum der Debatte stand ein Vier-Säulen-Modell, das im Allgemeinen auf Zustimmung stieß, in den Details aber durchaus kontrovers diskutiert wurde.

Der Auf- und Ausbau einer **klimafreundlichen öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge (1)** sei die Voraussetzung, um allen Menschen klimaschonendes Verhalten zu ermöglichen. Erst wenn es flächendeckende, sichere Radwege und einen gut ausgebauten und bezahlbaren ÖPNV gebe, können Menschen auf ihr Auto verzichten. Erst wenn es ein mit erneuerbaren Energien betriebenes Wärmenetz gebe, könne der Umstieg auf klimaneutrales Heizen für alle gelingen. Auch soziale Investitionen in klassische Felder der Daseinsvorsorge (z. B. Pflege, Kinderbetreuung, Bildung) spielten eine wichtige Rolle. Nicht nur, weil sie maßgeblich zur Lebensqualität beitragen, sondern auch, weil in diesen Bereichen neue Arbeitsplätze entstehen können.

Dabei sollten auch **regionale Ungleichheiten** Beachtung finden. So gebe es regional unterschiedliche Voraussetzungen, die Transformationsherausforderungen anzugehen. Dies hänge maßgeblich mit der vorhandenen Infrastruktur zusammen. Die Förderung von Infrastrukturprojekten dürfe dementsprechend nicht raumblind sein. Wichtig zu beachten sei jedoch, dass bei regionalen Unterschieden einfache Ost-West- oder Stadt-Land-Schemata nur bedingt greifen. Die Stadt sei nicht prinzipiell elitär und Profiteur der Transformation, das Land nicht ausschließlich arm und abgehängt. Es brauche eine differenzierte Betrachtung. Diese finde oft nicht statt, was in Teilen dazu führe, dass der Stadt-Land-Konflikt den eigentlichen sozialen (Klassen-)Konflikt überlagere bzw. ersetze. Stattdessen müssten soziale Verteilungsfragen stärker ins Zentrum der Debatte gerückt werden.

Dies gelte insbesondere für die **öffentliche Förderpolitik**, bei der es derzeit enorme soziale Schief lagen gebe (siehe oben). Dagegen brauche es, nach manchen der Teilnehmenden, eine **Ausrichtung der Förderpolitik auf mittlere und untere Einkommen (2)**, anstatt auf diejenigen, die sich einen Umstieg auf klimafreundliche Technologien ohnehin leisten können. Dem wurde entgegengehalten, dass es finanzielle Anreize auch für die oberen Pro zente brauche, wenn man nicht mit Verboten arbeiten wolle. Allerdings müsse stärker untersucht werden, ab wann die Anreizwirkung der Förderungen nachlasse und nur noch Mitnahmeeffekte entstünden. Auch auf der Unternehmensseite könne Förderpolitik nicht auf die Gutmütigkeit der Empfänger:innen vertrauen. So gebe es immer wieder Beispiele, auch großer Konzerne, die Milliardenhilfen für die Umstellung ihrer Produktion in Anspruch nehmen, im Gegenzug aber massiven Stellenabbau betreiben. Daher sollten Subventionen sozial konditioniert sein, bspw. an Arbeitsplatzsicherheit und Standortgarantien geknüpft werden.

Darüber hinaus spiele das **Ordnungsrecht (3)** eine wichtige Rolle und dürfe im Instrumentenmix der Umwelt- und Klimapolitik nicht fehlen. Klare rechtliche Rahmenbedingungen seien elementar für die

Planungssicherheit in der Wirtschaft und für den sozialen Zusammenhalt. Denn ordnungsrechtliche Vorgaben gelten für alle, niemand könne sich „freikaufen“. Dies sei wichtig, um den Gerechtigkeitsaspekt von Klima- und Umweltschutz zu stärken.

Schließlich brauche es soziale Ausgleichsinstrumente, allen voran eine **Rückerstattung der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung (4)**. Dies sollte zunächst in Form eines Pro-Kopf-Klimageldes geschehen und später sozial gestaffelt werden, um Härtefälle auszugleichen und steigende Preise zu kompensieren. Zum einen signalisiere dies der Bevölkerung, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung kein Selbstzweck zur Aufbesserung der Staatskasse sei, sondern tatsächlich eine Lenkungswirkung auf dem Weg zur Klimaneutralität entfalten könne. Zum anderen könnten so die höheren Preise für Verbraucher:innen bedarfsgerecht kompensiert werden, sodass kein Verlust von Kaufkraft entstehe.<sup>1</sup>

Eine wichtige Voraussetzung für zielgerichtete Förder- und Ausgleichsmaßnahmen sei ein **moderner, digitaler Sozialstaat**. Mehrfach wurde angemerkt, dass dem Sozialstaat die digitalen Daten und Infrastruktur fehlten, um wirklich bedarfsgerecht unterstützen zu können. So sei eine Pro-Kopf-Auszahlung des Klimageldes bisher allein schon daran gescheitert, dass eine unkomplizierte Überweisung an die Bevölkerung nicht möglich sei.<sup>2</sup> Die fehlende digitale Infrastruktur sei ein zentrales Hindernis bei der sozialen Ausgestaltung der Transformation.



## Kommunikation und Akzeptanz? Wie erreicht man die Menschen?

Immer wieder stand auch die Frage der Akzeptanz und insbesondere der Kommunikation im Mittelpunkt der Debatte. Aktuell gebe es einen Backslash gegen „grüne“ Themen, weshalb sich die Frage stelle, wie es gelingen kann, wieder eine breite gesellschaftliche und politische Unterstützung für die Transformation zu gewinnen. Viele Progressive hätten fälschlicherweise angenommen, es sei ausreichend, die Notwendigkeit von Klimaschutz zu erklären. Stattdessen komme es darauf an, die konkreten Vorteile der Transformation im Hier und Jetzt zu benennen und diese für die Menschen spürbar zu machen.

Kontrovers diskutiert wurde hingegen, inwiefern die Betonung sozialer Gerechtigkeit zur Akzeptanz von Klima- und Umweltpolitik beitragen kann. Auf der einen Seite sei dies wichtig, allein schon, um das Zielbild einer sozial gerechten Transformation zu formulieren. Auf der anderen Seite berge dies auch Risiken, weil soziale Gerechtigkeit als Argument für mehr Klimaschutz nicht überzeuge. So bezweifelt laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung<sup>3</sup> eine Mehrheit der Menschen in Deutschland, dass Klimaschutz zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen kann. Daher könne die Gerechtigkeitsfrage relativ einfach als Argument gegen Klimaschutz instrumentalisiert werden. Hier drohen Progressive die Deutungshoheit zu verlieren. Dem wurde entgegengehalten, dass die Deutungshoheit den progressiven Kräften bereits abhanden gekommen sei. Momentan würde das Framing von Klimaschutz als abgehobenes Elitenprojekt den Diskurs dominieren. Daher sei es wichtig, über die Potenziale von sozial ausgeglichenem Klimaschutz zu reden und die Ungerechtigkeiten in der aktuellen Klimapolitik zu thematisieren.

Über die Kommunikation hinaus wurde betriebliche

Mitbestimmung als wichtiger Akzeptanzfaktor hervorgehoben. Innerhalb der Arbeiter:innenschaft gebe es ein großes Bedürfnis, nicht nur „mitgenommen“ zu werden, sondern auch mitentscheiden zu können, wenn es um die Perspektive ihrer Betriebe in der Transformation geht. Die demokratische Mitgestaltung sei essenziell, um Arbeiter:innen an Bord zu holen und eine gemeinsame Vorstellung für sichere und gute Arbeitsplätze in der Zukunft zu entwickeln.

## Ausblick: Die politischen Lehren des Ampel-Aus

Mit der Ampelkoalition hatte sich eine Regierung dem „Fortschritt“ auch im klimapolitischen Sinne verschrieben. Bei aller berechtigter Kritik an den heftigen Streitereien der Koalitionär:innen, seien durchaus ambitionierte transformationspolitische Ziele vorhanden gewesen. Ein grundlegender Fehler sei es jedoch gewesen, die Finanzierungsfrage während der Koalitionsverhandlungen in großen Teilen auszuklammern. Spätestens als durch die Energiekrise und das Verfassungsurteil zu den Sonderhaushalten<sup>4</sup> der finanzielle Spielraum enger wurde, ließen sich die teils gegensätzlichen fiskalpolitischen Vorstellungen der Ampelpartner nur noch schwer vereinbaren. Entsprechend seien viele wichtige Projekte gescheitert, weil die Finanzierungsgrundlage fehlte.

Mit Blick auf die Zukunft müssten sich Progressive darauf gefasst machen, dass die Transformation wieder grundsätzlich infrage gestellt werden wird. Insbesondere wenn die Wirkung der europäischen CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit der Ausweitung des ETS ab 2027 durchschlage und sich Verbraucherpreise massiv erhöhten, werde dies ohne umfangreiche soziale Ausgleichsmaßnahmen zu erheblichen gesellschaftlichen Widerständen führen. Es sei fraglich, ob man sich in einer solchen Situation auf konservative und wirtschaftsliberale Parteien als

Verbündete für Klimaschutz verlassen könne oder ob diese eher versuchen würden, klimapolitische Errungenschaften rückabzuwickeln. Umso wichtiger sei es, bereits frühzeitig eine sozial gerechte Gestaltung der Umwelt- und Klimapolitik zu priorisieren. Denn nur, wenn Soziales und Ökologisches zusammen gedacht werden, könne die Transformation gelingen.

## Fußnoten

- 1 Wie eine [Studie des IMK](#) zeigt, ist eine pauschale Auszahlung des Klimagelds nicht in der Lage, Kaufkraftverluste für alle Menschen in den unteren und mittleren Einkommensgruppen auszugleichen. Daher ist eine sozial gestaffelte Auszahlung des Klimagelds und eine zielgenaue Förderpolitik umso wichtiger.
- 2 Laut Bundesministerium der Finanzen wird der dafür notwendige Direktauszahlungsmechanismus im Laufe des Jahres 2025 zur Verfügung stehen. Den notwendigen Beschluss hat das Bundeskabinett am 18.12.2024 gefasst. Siehe: [BMF, Bundesregierung bringt Eckpunkte für einen Direktauszahlungsmechanismus auf den Weg, 18.12.2024](#).
- 3 Hagemeyer, L., Faus, R., Bernhard, L. (2024): [Vertrauensfrage Klimaschutz. Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik gewinnen](#). Friedrich-Ebert-Stiftung.
- 4 Mit seinem [Urteil vom 15.11.2023](#) erklärte das Bundesverfassungsgericht die Verwendung von nicht abgerufenen Mitteln zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zur Aufstockung des Klimatransformationsfonds und somit auch den Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig. Daher tat sich eine Finanzierungslücke von anfänglich ca. 60 Mrd. Euro auf, was die Bundesregierung vor enorme Herausforderungen stellte.

# Soziale Sicherheit in der Transformation – Klimapolitik als Daseinsvorsorge? Das Beispiel der Wärmewende

Fachgruppe III Session 2

## Speakers und Moderation

- **Thomas Losse-Müller**  
Geschäftsführer, Stiftung Klimaneutralität
- **Kerstin Andreae**  
Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung,  
BDEW
- **Christian Noll**  
Geschäftsführender Vorstand, DENEFF
- **Matthias Dümpelmann**  
Geschäftsführer, 8ku
- **Nermin Fazlic**  
Abteilungsleiter Grundsatzfragen, Bundesmi-  
nisterium für Arbeit und Soziales
- **Dr. Philipp Steinberg**  
Abteilungsleiter Wirtschaftsstabilisierung,  
Energiesicherheit, Gas, Wasserstoffinfrastruk-  
tur, Bundesministerium für Wirtschaft und  
Klimaschutz
- **Antje vom Berg**  
Expertin Meinungsforschung und Studien,  
E.ON Stiftung gGmbH
- **Dr. Benjamin Seifert**  
Leiter Datenanalyse und Beratung, Civey
- **Moderation: Dr. Sabrina Schulz**  
Policy Fellow, Das Progressive Zentrum

## Ausgangslage und Fragestellung

Die Wärmeversorgung ist ein zentraler Aspekt der sozialen Dimension der Klimapolitik; hier werden Fragen sozialer Sicherheit in der Transformation konkret. Deutlich wird das, wenn man auf die unterschiedlichen sozioökonomischen Bevölkerungsgruppen blickt und wie diese auf die Wärmewende vorbereitet sind. Denn rund ein Drittel kann den Umstieg auf klimaneutrales Heizen selbst stemmen, ein weiteres Drittel schafft den Umstieg mithilfe

von staatlicher Förderung, und wiederum rund ein Drittel der Bevölkerung wird auch mit großzügigen Förderprogrammen kaum in der Lage sein, eine Sanierung durchführen zu können. Auch am Beispiel von Mietwohnungen wird die soziale Dimension der Wärmewende sichtbar: Mieter:innen haben keinen Einfluss auf die Art der Wärmeversorgung, tragen aber steigende Energiekosten ebenso wie Investitionskosten über steigende Mieten mit. Die Transformation der Wärmeversorgung kann daher auch als Königsdisziplin der sozial-ökologischen Transformation bezeichnet werden: Innerhalb kürzester Zeit muss der gesamte fossile Heizungsbestand ausgetauscht werden. Dies ist ein äußerst komplexer Prozess, da es keine technische one-size-fits-all Lösung gibt und politische Herausforderungen dadurch erwachsen, dass die Wärmeversorgung stark im privaten Raum der Bevölkerung verankert ist.

Vor diesem Hintergrund wurde über die Chancen und Grenzen staatlicher Interventionsfähigkeit, seiner Kapazitäten und die finanzpolitischen Voraussetzungen einer sozial gerechten Transformation sowie über die Notwendigkeit von Unterstützungsleistungen im Bereich der Wärmeversorgung diskutiert.

## **Status Quo & Lehren aus dem Gebäudeenergiegesetz**

In der Diskussion wurde zu Beginn ein Rückblick auf das Gebäudeenergiegesetz (GEG) als zentrales Projekt der Ampelregierung geworfen. Dabei wurde hervorgehoben, dass neben mangelhafter Kommunikation des Vorhabens auch inhaltliche Fehler begangen wurden. Insbesondere der erste Entwurf des GEG habe sich ausschließlich auf individuelle Haushalte fokussiert und dabei infrastrukturelle Aspekte sowie die kommunale Wärmeplanung außen vor gelassen. Auch die soziale Frage in Form einer einkommensabhängigen Differenzierung der

Förderung sei erst verspätet erarbeitet worden, was die Akzeptanz und Wirksamkeit des Vorhabens beeinträchtigt habe.

Als zentrale Erkenntnisse der Debatte kristallisierten sich zwei wesentliche Punkte heraus: Erstens müsse die Infrastruktur stärker in den Fokus rücken – entscheidend sei die Frage, wie die Wärme überhaupt in die Häuser gelangt. Hier wurde unter anderem die kommunale Wärmeplanung als ein wichtiger Lösungsansatz genannt. Zweitens wurde betont, dass Menschen bei Entscheidungen wie dem Umstieg auf klimaneutrales Heizen nicht rein rational, sondern oftmals besonders emotional handeln würden. Es gelte daher, politisch und kommunikativ Wege zu finden, die Bevölkerung von wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen Entscheidungen zu überzeugen.

Nach Ansicht der anwesenden Expert:innen reichten politische Versäumnisse bei der Wärmewende jedoch weit über handwerkliche Fehler im Gebäudeenergiegesetz (GEG) hinaus. Strukturelle Defizite, wie der Stillstand bei der energetischen Sanierung trotz konstant hoher Energiepreise, seien insbesondere im internationalen Vergleich, etwa mit dem Nachbarland Dänemark, gravierend. Dieser Status Quo gefährde nicht nur die Erreichung der Klimaziele, sondern berge auch das Risiko eines wirtschaftlichen Rückstands, der die Wettbewerbsfähigkeit des „Modell Deutschland“ ernsthaft infrage stelle.

## **Gefühlte Verunsicherung in Zahlen**

Quantitative Erhebungen unterfüttern die Gefahren, die der aktuelle politische Kurs für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Akzeptanz der Energiewende haben kann. Noch unveröffentlichte Umfragedaten des Leibniz-Ins-

tituts für Wirtschaftsforschung (RWI Essen) sowie des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Civey zeigen eine große Verunsicherung im Bereich Energie und Klima. Diese Verunsicherung äußere sich sowohl individuell als auch gesamtgesellschaftlich und betreffe vor allem finanzielle Fragen. Das sei unter anderem eine Folge der steigenden Energiekosten, die sich deutlich auf die Akzeptanz auswirke. Interessant sei im Kontext der sozialen Sicherheit, dass eine Auszahlung der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung an alle und speziell an einkommensschwache Menschen befürwortet wird. Insgesamt, so das Fazit, befinde man sich an einem Kipppunkt in der Wärmewende.

## Vom richtigen Instrumenten-Mix

In der Diskussion bestand Einigkeit darüber, dass ein ausgewogener Mix aus Förderung, Ordnungsrecht und Investitionen in die Infrastruktur sowie Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz entscheidend für eine erfolgreiche Wärmewende seien. Es sei dabei ein Fehler, auf eine einzige technische Lösung zu setzen. Stattdessen brauche es ein Zusammenspiel aus Fernwärme, Wärmepumpen und Effizienzsteigerungen, um alle Haushalte zu erreichen und somit die Klimaziele einzuhalten.

Die Diskussion fokussierte auf die Ausgestaltung der Förderung und die Steigerung der Energieeffizienz. Es wurde angemerkt, dass Förderung vor allem auch für Menschen mit geringem Einkommen zugänglich sein müsse. Zudem sollten finanzielle Mittel dort eingesetzt werden, wo sie den größten Effekt erzielen. So könnten Bürger:innen beispielsweise durch eine gesteigerte Energieeffizienz ihrer Häuser zusätzlich finanziell dadurch profitieren, dass sie eine geringere CO<sub>2</sub>-Steuer zahlen müssten. Energieeffizienz wurde somit als „low hanging fruit“ bezeichnet, da sie sowohl den Energieverbrauch als auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen senke und

damit das Gesamtsystem entlaste. Fehlanreize, die hingegen dazu führen könnten, dass Bürger:innen nicht mehr aktiv auf Energieeinsparungen setzen, sollten daher dringend vermieden werden.

Die Frage der Kosteneffizienz sei bei der Gestaltung des Instrumenten-Mixes zentral. Die verschiedenen Maßnahmen müssten zielgenau auf die unterschiedlichen Bedarfe der Häuser, die sich je nach technischen und städtebaulichen Voraussetzungen unterscheiden, sowie auf Bevölkerungsgröße und -struktur abgestimmt sein. Der vorhandene Koordinierungsbedarf wurde am Beispiel der Reihenhaussiedlung erläutert. Dort sei ein kleines Nahwärmenetz oft die sinnvollste Lösung, doch scheitere dessen Umsetzung häufig an fehlender Abstimmung zwischen den Beteiligten. Es wurde kritisch angemerkt, dass die Wärmewende nicht funktionieren könne, solange alle Akteure nur ihr wirtschaftliches Optimum verfolgen. Um eine effiziente und gerechte Transformation sicherzustellen, bedürfe es daher einer klaren Koordination und übergreifenden Steuerung.

## Die Rolle des Staates: Wärmeversorgung als Daseinsvorsorge?

Angesichts der enormen Herausforderungen der Wärmewende wurde der Vorschlag, die Wärmeversorgung als Teil der staatlichen Daseinsvorsorge zu begreifen, kontrovers diskutiert. Dies beinhaltet eine aktivere und steuernde Rolle des Staates in der Bereitstellung von Wärme und der Umstellung auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung. Der Staat müsse, wie es in anderen Infrastrukturbereichen wie der Wasserversorgung bereits der Fall sei, aktiv planen, investieren und im Zweifel selbst als Anbieter auftreten, um die Wärmewende voranzutreiben.

Dies bedeute jedoch nicht, dass der Staat die alleinige Verantwortung für die Wärmeversorgung trage. Vielmehr könne ein solches Modell durch die Einbindung von Genossenschaften und weiteren Akteuren ergänzt werden, um eine dezentrale und bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Allerdings wurde auch auf potenzielle Risiken hingewiesen. Die Ausweitung der Daseinsvorsorge betreffe bereits andere zentrale Infrastrukturbereiche wie die Übertragungsnetze, was die staatlichen Kapazitäten stark beanspruche. Wenn öffentliche Strukturen überlastet sind, bestehe etwa die Gefahr, dass der Staat seine Verantwortung nicht angemessen wahrnehmen könne. Daher müsse eine ausgewogene Aufgabenteilung zwischen Markt, Staat und zivilgesellschaftlichen Akteuren gefunden werden, um die komplexen Anforderungen an die Governance der Wärmewende erfolgreich zu bewältigen.

rechte Wärmeversorgung aufgebaut werden. Viertens, bedürfe es einer **besseren Evaluation von Policy-Instrumenten**, ihrer Kommunikation **sowie einer grundsätzlich stärkeren Berücksichtigung von Gerechtigkeitsfragen im Policy Design**, um die Effektivität und die soziale Akzeptanz der Wärmewende ausreichend zu gewährleisten.

## Fazit

Insgesamt wurden folgende Punkte als essenziell für das Ziel einer sozial gerechten Wärmewende hervorgehoben. Erstens, die **Verbindung von Infrastruktur und Individuum** durch eine **Diversifizierung der Instrumente** hin zu einer Kombination aus ordnungspolitischen Vorgaben, finanzieller Förderung, Anreizen zur Energieeinsparung sowie dem Ausbau kommunaler Wärmeinfrastruktur. Zweitens eine **klug gestaltete Förderung**: Förderprogramme müssten so konzipiert werden, dass sie die unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen gezielt erreichen. Besonders wichtig sei die Förderung für Haushalte mit geringem Einkommen, um energetische Sanierungen und Investitionen in nachhaltige Heizsysteme auch für diese Zielgruppen zugänglich zu machen. Drittens solle die **Rolle des Staates** im Sinne einer planenden, koordinierenden und regulierenden Funktion neu definiert und gestärkt werden. In der Zusammenarbeit von Kommunen, Genossenschaften und privaten Unternehmen könne so eine nachhaltige und ge-

# Wie kommen gute Jobs in strukturschwache Regionen?

## Fachgruppe IV Session 1

### Speakers und Moderation

- **Jakob von Weizsäcker**  
Minister der Finanzen, Saarland
- **Katja Meier**  
Staatsministerin für Justiz, Demokratie, Europa und Gleichstellung, Sachsen
- **Leonie Gebers**  
Staatssekretärin, Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- **Prof. Dr. Florian Kunze**  
Lehrstuhl für Organizational Behavior, Universität Konstanz
- **Dr. Stefanie Janczyk**  
Leitung des Ressorts Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik beim Vorstand der IG Metall
- **Moderation: Manuela Barišić**  
Head of Strategic Development, Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA)

### Ausgangslage und Fragestellung

In den strukturschwachen Regionen der Bundesrepublik zeigt sich die Krise des Modells Deutschland besonders deutlich. Der seit Jahrzehnten spürbare Globalisierungsdruck, die Anpassungsprozesse im Zuge der Wiedervereinigung sowie die gegenwärtigen Herausforderungen der Polykrise stellen die strukturschwachen Regionen in Ost- und Westdeutschland vor große Transformationsherausforderungen. Insbesondere die Klimakrise und die zunehmende geopolitische Fragmentierung nehmen Auswirkungen auf globale Wertschöpfungsdynamiken und erzeugen somit lokalen Veränderungsdruck. So betrifft etwa der Kohleausstieg vor allem Regionen, die bereits unter Abwanderung und einem Verlust an Standortattraktivität leiden. Ebenso ist die Krise der heimischen Stahl- und Automobilindustrien in diesen Regionen aufgrund ihrer industriellen Prägung besonders zu spüren.

Gleichzeitig besteht in der Transformation die Chance, gemeinsam mit Bund und Ländern neue Potenziale zu erschließen und die Lebensqualität vor Ort durch gezielte Investitionen erheblich zu



verbessern. Zentral für dieses Vorhaben ist dabei jedoch nicht nur die Unterstützung innovativer Unternehmen, sondern auch die Frage, wie durch die Bereitstellung guter Arbeit attraktive Lebensverhältnisse für die Beschäftigten vor Ort geschaffen und Talente gehalten bzw. gewonnen werden können.

Das Verschwinden traditioneller Industrien, der Lohnunterschied zwischen alten und neuen Bundesländern, das Stand-Land-Gefälle sowie der Fachkräftemangel und fehlende Investitionen zeigen, dass gute Jobs nicht durch Arbeitsplatzsicherung allein entstehen. Mit strategischen Anreizen, interregionaler Kooperation und einer langfristigen Strategie besteht jedoch die Möglichkeit, diese Regionen gezielt bei ihren Transformationsherausforderungen zu unterstützen.

## **Zwei strukturschwache Regionen – unterschiedliche Herausforderungen**

In der Fachdebatte wurde vor allem die Notwendigkeit zur regionalen Differenzierung deutlich. Die von Diskutant:innen geteilten Erfahrungen aus den vom Strukturwandel geprägten Bundesländern Sachsen und Saarland zeigten auf, dass Transformation weder einheitliche Lösungen noch schnelle Erfolge kennt, sondern differenzierte Strategien hinsichtlich regionaler Ausgangsbedingungen und Herausforderungen erfordert.

Im Saarland war die Kohle- und Stahlindustrie zu Beginn des letzten Jahrhunderts noch in ihrer Hochphase, heute sind lediglich einige wenige Produktionsstandorte übrig geblieben. Der Rückgang der Stahlindustrie konnte anfangs durch die Ansiedlung von Automobilproduktion kompensiert werden, jedoch ist die Beschäftigungslage in der

Region, u. a. durch die Schließung des Ford-Werkes in Saarlouis, weiter angespannt. Hinzu kommt, dass der derzeitige Branchenmix andere Fähigkeiten als die bisher benötigten erfordert und durch die Art der Produktion sowie die zunehmende Automatisierung insgesamt weniger Arbeitskräfte benötigt werden.

Derweil erleben die Menschen in Sachsen bereits den zweiten Strukturwandel innerhalb von drei Jahrzehnten. Der Wegbruch bestehender Industrien im Zuge der Wiedervereinigung hat tiefe Spuren hinterlassen und zum zweiten Mal scheinen sich die Menschen vor Ort vom Prozess des Kohleausstiegs entkoppelt zu fühlen; viele gut bezahlte Jobs gehen zunehmend verloren. Das Land kämpft mit der Abwanderung junger Menschen und insbesondere von Frauen. Diese seien in die Strukturwandelprozesse der letzten Jahrzehnte zu wenig eingebunden worden. Diese Abwanderung führt nicht nur zu einer herausfordernden finanziellen Situation für Kommunen, sondern bringt politische Herausforderungen mit sich. Einerseits trägt der Wegzug von Frauen zum sowieso bestehenden Fachkräftemangel bei, denn speziell in weiblich dominierten Berufen in Pflege und Bildung fehlt Personal. Zudem sind Pull-Faktoren, die Zuzug fördern, nicht besonders stark und viele potenzielle Migrant:innen schrecken angesichts der zunehmenden AfD-Erfolge vor einem Umzug nach Sachsen zurück. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen müssten also zum Anderen auch Standortbedingungen für Arbeitnehmende verbessert und demokratiefördernde Initiativen unterstützt werden. Dazu gehört neben dem Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur auch die Verbesserung von Gesundheits-, Kultur-, Jugend- und Bildungsangeboten. Trotz der Herausforderungen wurde in den letzten Jahren viel erreicht, nicht zuletzt wegen der erheblichen finanziellen Mittel, die u. a. im Rahmen des Kohleausstiegs der Lausitz bereitgestellt wurden. Wichtig sei, dass diese Mittel weiterhin für die Breite der Transformationsherausforderungen genutzt würden, um damit auch Aspekte der Gleichstellungs- und Demokratiepoltik einzubeziehen.

## **Transformation in der Beschäftigung – Wie werden die Fachkräfte von heute die Fachkräfte von morgen?**

Wenn Industriearbeitsplätze in strukturschwachen Regionen erst einmal wegfallen, ist es besonders schwierig, diesen Verlust auszugleichen. Gleichzeitig mangelt es in anderen Sektoren, insbesondere in der Verwaltung und im Bildungsbereich, an Fachkräften. Die Diskussion beider Themen wirkt oberflächlich betrachtet paradox, denn der Verlust von Arbeitsplätzen wäre – in der Theorie – bei einer schrumpfenden Erwerbstätigenbevölkerung keine Herausforderung. Tatsächlich geht es um zwei unterschiedliche Segmente der Bevölkerung, nämlich ältere Erwerbstätige, deren gute Arbeitsplätze verloren gehen, und jüngere Menschen, deren Geburtenjahrgänge klein sind, und die zugleich in einen Arbeitsmarkt mit weniger gut bezahlten und sicheren Verhältnissen eintreten.

Die Dekarbonisierung der Wirtschaft bringt zwar neue Beschäftigungsmöglichkeiten, doch entstehen diese oft in anderen Sektoren und in geringerer Zahl als die Arbeitsplätze, die in den schrumpfenden Industrien wegfallen. Für beide Gruppen bedeutet dies einen Verlust von sicherer Arbeit und führt zu einer negativeren Wahrnehmung des Arbeitsmarkts und der eigenen Aufstiegschancen. Auch die Digitalisierung spielt eine ambivalente Rolle. Einerseits fördert sie Automatisierungsprozesse, die bestehende Arbeitsplätze ersetzen. Andererseits kann sie helfen, den Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung zu lindern. Trotz der Chancen, die mit diesen Veränderungen einhergehen, bleibt die Kompensation des Verlusts von Industriearbeitsplätzen die größte Herausforderung für die betroffenen Regionen.

Umso wichtiger sei es, gezielte Umschulungsmaßnahmen zu fördern, die heutigen Industriearbeiter:innen den Übergang in zukunftsfähige Branchen

ermöglichen und ihnen neue Perspektiven eröffnen. Der Mut, sich beruflich neu zu orientieren, wachse, wenn in der eigenen Region attraktive Alternativen geschaffen würden. Regionale Netzwerke spielten dabei eine entscheidende Rolle. Der Austausch zwischen Unternehmen sowie Initiativen wie „Job-to-Job“-Programme und „Arbeitsmarktdrehscheiben“ könnten diesen Prozess gezielt unterstützen – auch auf Bundesebene. Damit die Transformation des Industriearbeitsmarktes gelingt, müssten die Menschen vor Ort aktiv einbezogen werden. Es sei entscheidend, dass alle relevanten Akteure, darunter Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeber, weiterhin offen für den Dialog bleiben. Nur wenn Beschäftigte das Gefühl haben, an den Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein, könnten sie die tiefgreifenden Veränderungen mittragen.

## **Best Practices: Transformationsfonds und demokratiepolitische Arbeit**

Trotz bestehender Herausforderungen arbeiten beide Bundesländer aktiv an der Bewältigung des Strukturwandels. Im Saarland trage die gute Zusammenarbeit zwischen beteiligten Akteuren und der Politik maßgeblich dazu bei. Erleichternd komme hinzu, dass die politische Entscheidungsfindung durch die von der SPD allein geführte Regierung effektiv funktioniere und auch mit der CDU-Fraktion gut zusammengearbeitet werden könne. So hat die Landesregierung den saarländischen Transformationsfonds ins Leben gerufen, der gezielt Zukunftsprojekte und Industrien fördern soll. Damit sollen Investitionen gedeckt werden, um neue und alte Betriebe sowie Innovation im Saarland zu fördern und damit den Strukturwandel bis 2045 zu bewältigen.

In Sachsen sollte, neben der Bundesförderung für den Kohleausstieg, Demokratiepilotik und Da-

seinsvorsorge in den Vordergrund gestellt werden. Hierzu lohne sich eine noch bessere Vernetzung zwischen den vom Strukturwandel betroffenen Regionen in Deutschland und Europa, um Best Practices und Erfahrungen auszutauschen. In diesem Zusammenhang könnten sich auch lokale Initiativen aus den Bereichen Sport, Kultur und Bildung vernetzen, um Regionen bunter und lebenswerter zu gestalten und so den Zuzug von qualifizierten in- und ausländischen Fachkräften zu begünstigen. Des Weiteren sollte weiterhin an der Unterstützung und Bereitstellung von Ressourcen für Lokalpolitiker:innen und Bürgermeister:innen gearbeitet werden. Letztendlich findet der Strukturwandel vor Ort statt und kann nur gelingen, wenn sich die Menschen vor Ort ernst genommen und einbezogen fühlen.

# Wie wird die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zum Wachstumsmotor?

## Fachgruppe IV Session 2

### Speakers und Moderation

- **Prof. Dr. Lech Suwala**  
Professor für Stadt- und Regionalökonomie, TU Berlin
- **Prof. Dr. Ramona Voshage**  
Professorin für Mathematik und Statistik, HWR Berlin
- **Dr. Severin Fischer**  
Staatssekretär für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Land Berlin
- **Tobias Dünow**  
Staatssekretär für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Land Brandenburg
- **Prof. Dr. Stefanie Molthagen-Schnöring**  
Vizepräsidentin für Forschung, Transfer und Wissenschaftskommunikation, HTW Berlin
- **Moderation: Dr. Richard Meng**  
Chefredakteur, Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte & Vorstandsmitglied, Stiftung Zukunft Berlin

### Ausgangslage und Fragestellung

Die Hauptstadtregion blickt auf eine bewegte wirtschaftliche Entwicklung zurück. Während sie Anfang des 20. Jahrhunderts noch ein führendes Zentrum für Elektrotechnik, Maschinen- und Fahrzeugbau war, brachte die deutsche Teilung für Ost-Berlin und Brandenburg eine Deindustrialisierung. West-Berlin entwickelte sich zur hochsubventionierten verlängerten Werkbank der Bundesrepublik. Nach Wachstum und Stillstand begann mit der Wiedervereinigung eine Phase des Neuaufbaus. Mittlerweile verzeichnen Berlin und Brandenburg ein im Vergleich zu Gesamtdeutschland überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum – die Hauptstadtregion ist bereits ein wirtschaftlicher Wachstumsmotor. Wie resilient die regionale Wirtschaft ist, hat sich in der COVID-19-Pandemie gezeigt.

Um Wachstum und Resilienz der Wirtschaft auch in Zukunft zu sichern, konzentrierten sich die Diskutant:innen auf drei Kernfragen: Wie sieht eine langfristige Wachstumsstrategie für die Hauptstadtregion aus, die ihre Potenziale bestmöglich bündelt? Welche Investitionen und Allianzen zwischen Wirt-

schaft, Wissenschaft, Mobilität, Wohnen und Energie sind hier notwendig? Und wie kann die regionale Transformation so gestaltet werden, dass möglichst viele Menschen mitgenommen werden?

## Die wirtschaftliche Entwicklung in Berlin

Berlin habe sich in den 2000er Jahren zu einer globalen Metropole entwickelt. Wachstumstreiber seien die chemisch-pharmazeutische Industrie mit Unternehmen wie der Bayer AG, die Energietechnik mit Akteuren wie Siemens Energy sowie Zukunftsbranchen wie FinTech, Künstliche Intelligenz, Robotik, Optik und Photonik. Auch unternehmensnahe Dienstleistungen trügen maßgeblich zum Wirtschaftswachstum bei. Die Berliner Wissenschaftslandschaft sei eng mit der Industrie vernetzt und diene als treibende Kraft für Innovationen. Wissenschafts- und Technologiezentren wie Adlershof oder Charlottenburg böten ideale Bedingungen für Forschung und Entwicklung. Zudem gebe es noch immer eine hohe Bereitschaft von Fachkräften, sich in der Hauptstadt anzusiedeln.

Allerdings stoße Berlin zunehmend an seine Kapazitäts- und Wachstumsgrenzen. Der Mangel an Industrieflächen und die steigenden Wohnkosten erschwerten es, neue Unternehmen in die Stadt zu bringen und Fachkräfte langfristig zu halten. Mit Blick auf die Demografielücke und den angespannten Arbeitsmarkt sei letzteres besonders wichtig, würde bisher aber von einigen Akteuren vernachlässigt. Einige Diskutant:innen befürchteten zudem, dass sich der globale Trend Richtung Deglobalisierung negativ auf die Stadt auswirken könnte, insbesondere im auf die internationale Community angewiesenen Forschungsbereich und in der von internationalen Investitionen geprägten FinTech-Branche.

## Die wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg

Im Gegensatz zu Berlin verfüge Brandenburg über ausreichend Industrieflächen und habe sich in den letzten Jahren zu einem führenden Grünstromland entwickelt. Neben der Wind- und Solarenergiebranche seien hier die Automobilproduktion, der Maschinenbau und die Ernährungstechnik wichtige Wachstumstreiber. Großansiedlungen wie Tesla sorgten nicht nur für Wirtschaftswachstum, sondern setzten auch neue Impulse für etablierte Industrien.

Die Großansiedlungen stießen in der Diskussion jedoch auch auf Kritik. Sie seien nicht resilient, weil Großunternehmen auch sehr schnell wieder brandenburgische Standorte schließen und ins Ausland ziehen könnten. Zudem wurde die – in der Diskussion unbeantwortete – Frage gestellt, wie sehr Großunternehmen wie Tesla mit kleineren und mittleren Unternehmen vernetzt seien, also regionale Wertschöpfungsketten aufbauen. Als Defizit wurde zudem die mangelnde internationale Vernetzung der kleineren und mittleren Unternehmen Brandenburgs über Osteuropa hinaus genannt. Schließlich wird es als zentrale Herausforderung angesehen, Kommunen und Bevölkerung beim Ausbau der erneuerbaren Energien einzubinden, um Akzeptanz und Teilhabe zu fördern.

# Die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg: Potenziale und Perspektiven

Berlin und Brandenburg funktionierten aufgrund ihrer sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen nicht nach denselben Logiken. Das müsse kein Nachteil sein – beide Bundesländer würden sich in ihren Stärken und Bedarfen hervorragend ergänzen. Während Berlin mit seiner international stark vernetzten, innovationsgetriebenen Wirtschaft punkte, biete Brandenburg Energieressourcen, aber auch Flächen für Industrie und Wohnungsbau.

Zahlreiche Instrumente und Institutionen wie der "Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion" und die seit 2005 kohärente Innovationsstrategie legen eine gute Grundlage für die Kooperation zwischen beiden Bundesländern. Mit Blick auf die Potenziale der Region und die Tendenz zur Deglobalisierung seien nach Ansicht der Diskutant:innen jedoch weitere Schritte notwendig:

- 1. Gemeinsame Prioritätensetzung:** Es brauche eine stärkere politische Diskussion zu gemeinsamen Prioritäten und zentralen Fragen, zum Beispiel: Wie kommt man aus den negativen Investitionsraten in der Privatwirtschaft raus? Welche Maßnahmen sind nicht nur "nice to have", sondern führen zu tatsächlichen Produktivitätssteigerungen? Diese Diskussion könnte in eine gemeinsame Industriestrategie und gegebenenfalls sogar eine gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft der beiden Länder münden. Statt "die eigene Perle zu polieren" müssten nach Ansicht der Diskutant:innen gemeinsam Ziele und Maßnahmen definiert und umgesetzt werden.
- 2. Gemeinsames Narrativ:** Damit einhergehen sollte eine gemeinsame Erzählung für die Haupt-

stadtregion, die sie mit einzigartigen Stärken positioniert – gerade auch international gegenüber Investoren, Unternehmen und Fachkräften.

- 3. Stärkere Vernetzung – regional, sektoral und international:** Es brauche mehr Netzwerke in drei Richtungen: Einerseits müssten Akteure in der Hauptstadtregion untereinander stärker vernetzt werden, beispielsweise durch wandernde Innovationskonferenzen oder gemeinsame Orte für die regionale Wirtschaft. Zweitens brauche es mehr Zusammenarbeit über die Sektoren hinweg – zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Und schließlich forderten einige Diskutant:innen, nationale Grenzen zu überwinden und die Hauptstadtregion nach Polen und Tschechien weiterzudenken.
- 4. Bessere Infrastruktur:** Es brauche ein eng verflochtenes Mobilitätssystem, eine bessere digitale Infrastruktur einschließlich entsprechender Rechenzentren und den Ausbau von Glasfasernetzen sowie den Ausbau von Stromnetzen und grüner Energie. Letzteres werde beim Wasserstoff bereits mit einer gemeinsamen Strategie exerziert. Wichtig dabei sei der Blick auf Verteilungsgerechtigkeit, also eine gute Infrastruktur, zu der alle Zugang haben. Starke Infrastrukturen bringen Stadt und Land zusammen – und seien auch Voraussetzung dafür, dass nicht nur die Regionen um Berlin entwickelt werden, sondern die Entwicklung in Brandenburg in die zweite und dritte Reihe gehe.
- 5. Wissenschaft und Wirtschaft stärker verknüpfen:** Es sei wichtig, Innovationen aus der Wissenschaft auch durch Startups in die wirtschaftliche Praxis umzusetzen. Dadurch gelinge es auch, Talente wie internationale Studierende in der Region zu halten. Das Projekt UNITE, das wissenschaftsbasierte Neugründungen erleichtern will, setze genau hier an. Ein wichtiger Schritt wäre darüber hinaus eine gemeinsame Transferstrategie von Berlin und Brandenburg.

# Innovationskorridore als zukunftsweisende Raumentwicklungsstrategie

Innovationskorridore seien ein vielversprechender Ansatz für die Steuerung der regionalen Entwicklung Berlins und seiner Umgebung. Ziel sei es, verschiedene Zentren mit unterschiedlichen Stärken entlang zentraler Achsen wie Perlenschnüren miteinander zu verbinden. Damit soll auch die Entstehung reiner Schlafstädte im Umland – wie bei der Entwicklung von Prag oder Warschau – vermieden werden.

Konkret könnten solche Innovationskorridore an den Enden bestehender Zukunftsorte ansetzen, beispielsweise am Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof, dem Biotech-Campus Berlin-Buch, dem Campus Charlottenburg oder dem Campus Dahlem/Südwest mit seinem Technologie- und Gründungszentrum. Denkbar seien dann etwa folgende Perlenschnüre: Die Verbindung von Gewerbegebieten, etwa von Moabit-Süd, Königs Wusterhausen und Lauchhammer. Die Schaffung von Laborpools, etwa indem Wissenschaftler:innen der HTW Berlin, der TU Wildau und der BTU Cottbus gemeinsam Labore entlang einer Innovationsachse nutzen. Sowie die Weiterentwicklung touristischer Initiativen wie „Ab ins B“ nach Brandenburg hinein, etwa durch die Schaffung entsprechender Reiserouten.

Trotz intensiver Diskussionen bleibe die Umsetzung der Innovationskorridore bislang hinter den Erwartungen zurück. Zwar habe das Konzept Eingang in die brandenburgischen Koalitionsverhandlungen gefunden, der aktuelle Koalitionsvertrag siehe jedoch lediglich einen entsprechenden Prüfauftrag vor. In der Praxis mit Abstand am weitesten fortgeschritten sei derzeit die Achse Berlin-Lausitz. Für die Entwicklung der Achse seien durch das Inves-

titionsgesetz Kohleregionen ausreichend finanzielle Mittel vorhanden, sodass die Herausforderung vor allem darin bestehe, die laufende Entwicklung gezielt zu steuern. Die Achse Berlin-Lausitz gilt als „Idealkorridor“ mit Modellcharakter für andere Regionen. Andere Achsen, etwa Richtung Prignitz oder Neuruppin, zeigten jedoch deutlich weniger Fortschritt. Hier mangle es nicht nur an Fördermitteln, sondern auch an lokalem Engagement, wie das Beispiel Wittenberge zeige, wo laut einzelner Diskutant:innen die Einrichtung von Koordinierungsstellen bislang scheiterte.

## Fazit

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg habe das Potenzial, auch in Zukunft wirtschaftlicher Wachstumsmotor zu bleiben. Der entscheidende Erfolgsfaktor sei eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen beiden Bundesländern, welche die Stärken von urbanen Zentren und ländlichen Räumen effektiv verbindet. Nach dem Motto „Willst du schnell vorankommen, geh allein; willst du weit kommen, geh gemeinsam“ liege der Schlüssel in der gemeinsamen Prioritätensetzung, einem starken gemeinsamen Narrativ und einer intensiveren Vernetzung. Um das volle Potenzial der Region auszuschöpfen, seien zudem erhebliche Investitionen in die Infrastruktur und eine engere Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft erforderlich. Innovationskorridore könnten hierbei eine zentrale Rolle spielen und als effektive Raumentwicklungsstrategie dienen. Dafür brauche es aber, wie die Achse Berlin-Lausitz zeigt, entsprechende finanzielle Ressourcen und politischen Willen auf lokaler und regionaler Ebene.



## Partnervermerk

Wir möchten allen Partnern danken, die das Politische Symposium in diesem Jahr ermöglicht haben.

50Hertz Transmission GmbH  
8KU GmbH  
Allianz SE  
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW)  
Bertelsmann Stiftung  
BMW Foundation Herbert Quandt  
Civey GmbH  
Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF)  
Dezernat Zukunft  
Finanzgruppe Deutscher Sparkassen- und Giroverband  
DWS Group  
E.ON Stiftung  
Google Deutschland  
IG Metall  
Jacques Delors Centre, Hertie School  
JobRad Holding SE  
Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin  
Universität Konstanz - Cluster of Excellence: The Politics of Inequality  
Volkswagen Group

## Die Reihe „Das Politische Symposium“

Auf dem Politischen Symposium diskutieren jährlich etwa 150 Entscheider:innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien über die entscheidenden Fragen rund um die Jahrhundertaufgabe der Transformation. Es geht um Zielkonflikte, Widersprüche und Widerstände und um politische Lösungen auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft.

## Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e. V., 2024  
Veröffentlicht im April 2024

### **V.i.S.d.P.:**

Dominic Schwickert

### **c/o Das Progressive Zentrum e. V.**

Werftstraße 3, 10577 Berlin

### **Vorstand:**

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Judith Siller,  
Joachim Knodt

### **Geschäftsführung:**

Dominic Schwickert, Paulina Fröhlich

### **Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats:**

Prof. Dr. Anke Hassel

### **Redaktion:**

Sebastian Pieper

### **Lektorat:**

Stefanie Barth

### **Layout und Satz:**

Greta Fleck

[www.progressives-zentrum.org](http://www.progressives-zentrum.org)  
[mail@progressives-zentrum.org](mailto:mail@progressives-zentrum.org)

DOI: 10.5281/zenodo.14824047

# Politisches Gespräch

Prof. Dr. Jens Südekum, Universität Düsseldorf

Armand Zorn, MdB & Stellv. Sprecher für Finanzpolitik, SPD-Bundestagsfraktion

Moderation: Ulrike Winkelmann, Chefredakteurin, taz



 Das Progressive Zentrum

 @dpz\_berlin

 @dpzberlin.bsky.social

[www.progressives-zentrum.org](http://www.progressives-zentrum.org)